Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17. Freitag, den 20. Januar 1922. 29. Jahrgang.

Poincarés Programmrede.

Paris, 20. Januar.

Gestern hat die angekündigte Kammersitzung stattgefunden, in der die Regierungserklärung verlesen wurde. Poincare gab eine formulierte Erklärung über das Programm seiner Regierung ab: Nach einigen einleitenden Sätzen über die Uebernahme der Regierungsmacht erklärte er, die Erneuerung der französischen Finanzen sei nur möglich, wenn Deutschland sämtliche Verpflichtungen erfülle, die es übernommen hat. Eine schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu entstellen. Wir fordern nur Einhaltung der Verträge, die an der Seite der Unterschrift Deutschlands die Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Deutschland behauptet, es wäre zahlungsunfähig! Im Gegenteil. Es verschleudert systematisch seine staatlichen Mittel, es zahlt weniger Steuern als Frankreich und erhält seine Steuerbeträge regelmäßiger. Während es aber dieses scheinbare Elend organisiert, verteilen seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umfange, nimmt seine wirtschaftliche Stärke jeden Tag zu, und wenn sich auch der Staat ruiniert, so bereichert sich doch die Nation. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert eine Wiederherstellung, sondern das allgemeine Weltinteresse. Das Probelm der Reparationen beherrscht daher alle anderen, und wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach Ansicht der Reparationskommission zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen haben und die erste wird sich, ohne vorzugreifen, auf Pfänder und Garantien beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, auf die Einrichtung einer wirksamen und ernstlichen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands. Geschieht dies nicht, so müssen wir ermächtigt sein, zu erklären, daß die Räumungsfristen für das linke Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen haben. Die Einladungen zur Konferenz von Genua wurden von den Alliierten versandt. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Cannes festgelegten Dinge von den Delegierten vor jeder anderen Debatte angenommen oder abgelehnt werden und daß keine Bestimmungen der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen werden. Wenn wir in dieser Hinsicht keine sicheren Bürgschaften erhalten, so würden wir gezwungen sein, uns volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Wir werden uns sehr glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Festigung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß es in beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, da es beiden Ländern nützen soll. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen ohne Einschränkung die gegenwärtigen und künftigen Garantien beibehält, wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir stehen aber nicht an, hinzuzusetzen, daß wir die freundschaftlichen Beziehungen zu allen anderen Völkern, besonders zu den Vereinigten Staaten, pflegen. Wir fordern alle auf, zur Wahrung der Rechte Frankreichs zusammenzustehen.

Für Verwendung deutscher Arbeiter.

Paris, 20. Januar.

Das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple" berichtet: Poincare wünsche die Berufung deutscher Arbeiter, halte aber deren Verwendung beim Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete nicht für angebracht. Er denke dagegen an die Verwendung deutscher Arbeiter bei großen Aufträgen, mit deren Uebernahme Deutschland einen Teil seiner Wiedergutmachungsschuld abtragen könnte, besonders bei der Kanalisierung der Rhone.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Januar.

Die erste Sitzung des Reichstages im neuen Jahre eröffnete Präsident Löbe mit einem Nachruf für den verstorbenen deutschnationalen Abgeordneten von Delbrück, der als Oberbürgermeister, Oberpräsident, Staatssekretär und dann als Abgeordneter dem Lande gedient hat. Er war einer der Politiker, die durch ihre Tüchtigkeit und durch ehrenhaften Charakter bei allen Parteien Ansehen genießen.

Bei der Beratung betreffend die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner eröffnete der unabhängige Vielredner Rosenfeld den Reigen der Sprecher aus dem Hause. Er beschwerte sich, wie wir es schon so oft getan haben, über die unzureichende Entschädigung der Schöffen und Geschworenen aus der Arbeiterklasse. Reichsjustizminister Dr. Radbruch antwortete, daß auch er eine Erhöhung der Entschädigung für dringend erforderlich halte. Er sei darüber z. Zt. in einem Meinungsaustausch mit den Ländern begriffen. Vielleicht werde man zu einem anderen System, als den bisherigen Tagegeldern kommen. Auch die Auswahl der Geschworenen und Schöffen, die ja noch immer sehr zum Nachteil der Arbeiterklasse erfolgt, will Radbruch reformieren, und zwar im Rahmen der Neuordnung der Strafgesetze. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hofft er im März dem Kabinett vorlegen zu können.

Den Hauptteil der Sitzung füllte dann die Interpellation über die Finanznot der Gemeinden aus. Es zeigte sich wieder, daß zahlreiche Abgeordnete, die aufmerksam die Ohren spitzen, wenn irgend eine inhaltlose politische Leitartikelrede gehalten wird, sich langweilen, wenn eine Frage von so großer Bedeutung sachlich und nüchtern erörtert wird. Dabei ist die Finanznot der Gemeinden für unser Land und Volk nicht weniger wichtig, als das Finanzelend der Länder und der Gemeinden. Der demokratische Interpellant, Oberbürgermeister Külz, rollte diese Zusammenhänge in das rechte Licht. Ein völliger Versager war dann wieder einmal der Reichsfinanzminister Hermes, der wortgetreu vorlas, was ihm im Ministerium aufgeschrieben worden war, ohne auf die Begründung der Interpellation überhaupt einzugehen. Alle die vielen Kundgebungen, auch die des Städtetages, sind an diesem Zentrumsmann spurlos vorübergegangen. Die vielen Zentrumsoberbürgermeister im Lande, die sich oft genug über diese Verhältnisse aufregen, sollten einmal ihren Parteifreund an der Spitze des Reichsfinanzministeriums zwischen die Zange nehmen. Er wußte nur zu erzählen, daß den Gemeinden über 5 Milliarden Mark Vorschüsse für ihren Mehrbedarf aus der Besoldungsreform auf dem Wege über die Länder zugewiesen worden sind. Vorschüsse, die also aus den Steuerzuweisungen an die Gemeinden wieder gedeckt werden. Dabei sind diese Vorschüsse auch noch an die Bedingung geknüpft, daß die Ausgaben der Gemeinden die notwendigen Grenzen nicht überschreiten. Das einzige Positive aus der Fünfminutenrede des Herrn Hermes war, daß er eine Konferenz der Finanzminister der Länder zur Beratung über die Gemeindefinanzen zusammenrufen will, sobald die jetzigen Steuervorlagen unter Dach und Fach sind. Ob diese Konferenz Herrn Hermes noch als Finanzminister erleben wird, ist mindestens fraglich.

Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Heilmann, der frühere Stadtverordnetenvorsteher von Berlin, einer der erfahrendsten Kommunalpolitiker Deutschlands. Er bezeichnete die Antwort des Reichsfinanzministers als für die Gemeinden niederschmetternd. Die Gemeinden, die während des Krieges ungeheures geleistet hätten, die nach dem Kriege Riesenlasten freiwillig auf sich genommen hätten, und denen die Reichsgesetzgebung immer neue finanzielle Verpflichtungen auferlege, seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und fühlen sich nun vom Reiche verlassen. Unser Redner verlangte von der Reichsregierung eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit für die Gemeinden. Die Grundlage der Selbstverwaltung sei die finanzielle Selbstverantwortung. Reich und Länder müßten sich hüten, die Realsteuern, die letzte Finanzsäule der Gemeinden, anzutasten. Man solle alle die Steuern den Gemeinden überlassen, die an Veranlagung und Durchführung durch die Gemeinden ganz andere Erträgnisse liefern, als beim Reiche. Wie der Interpellant schlug Heilmann die Bildung eines Kommunalpolitischen Ausschusses von Abgeordneten aller Parteien im Reichstage vor. Er übte dann berechtigte Kritik an der langen Verzögerung in der Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer, durch die die Notlage der Gemeinden verschärft worden sei. Er verlangt, daß nun endlich Wege gegangen werden, die die Zahlung der Steuer sicherstellen. Wenigstens müßten doch die Zensiten gezwungen werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuführen. Genosse Heilmann schließt seine Rede mit den Worten: Möge der Reichstag im Verein mit der Reichsregierung und dem Reichsrat eine Lösung finden, die dem Reiche gibt, was des Reiches ist, die aber auch die Gemeinden leben läßt. Leben heißt aber schaffen und wirken; man lebt nur, wenn man schafft.

Nachdem noch Herrschel für das Zentrum, Berndt für die Deutschnationalen und der frühere Reichswirtschaftsminister und Oberbürgermeister Scholz für die Volkspartei in ähnlichem Sinne gesprochen hatten, wurde die Beratung auf Freitag vertagt.

Das ungenügende Steuerkompromiß.

SPD. Berlin, 19. Januar. (Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in mehrstündiger Beratung mit dem Kompromißvorschlag für die einzelnen Steuergesetze. Die Angebote der Reichsregierung wurden in mehreren Punkten nicht als genügend angesehen und weitergehende Forderungen zur Angliederung an die frühere Regierungsvorlage gestellt. Am Nachmittag wurden die interfraktionellen Verhandlungen wieder aufgenommen. Ueber ihr Ergebnis war gegen Abend noch nichts zu erfahren. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß sie zu irgendwelchen entscheidenden Vereinbarungen geführt haben. Die Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien sind noch sehr erheblich, und zwar nicht nur bei einzelnen Bestimmungen der jetzt vorliegenden Steuergesetze, sondern vor allem und in der Hauptsache in der Frage einer weiteren Heranziehung des Besitzes. Die Deutsche Volkspartei beharrt bisher bei brüsker Ablehnung; die Demokraten orientieren sich sehr nach der Haltung der Volkspartei, und auch das Zentrum türmt einen Berg von Bedenken auf. Wieweit die Unabhängigen, die sich durch ihren Leipziger Parteitag leider sehr unklug gebunden haben, uns unterstützen werden, steht noch sehr dahin.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 20. Januar.

Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung den Abbau des Reichsschatzministeriums. Die Ausgabe für diesen Etat ist nur noch auf ein halbes Jahr bewilligt und der Etat mit der Ueberschrift versehen „am 1. Oktober 1922 fortfallend". Abgebaut sollen ferner werden insbesondere das Reichswanderungsamt, die Landesaufnahme. Zu den Polizeikosten wurde ein Antrag Bayern mit 36 gegen 29 Stimmen angenommen, wonach bei der Position Reichskommissar für die öffentliche Ordnung künftig eine Reihe von Stellen fortfallen sollen. Der Abbau des Landwirtschaftsministeriums wurde vorläufig abgelehnt.

Erfassung der Sachwerte!

Dr. L. Lübeck, 20. Januar.

In Cannes wurde der deutschen Regierung ein teilweiser Zahlungsaufschub bewilligt. Unter Bedingungen; die wichtigste davon ist die Verpflichtung, binnen zweier Wochen der Entente einen Plan über die Leistung der Zahlungen und für die Ordnung der Reichsfinanzen vorzulegen. Gestern konnten wir die halbamtliche Erklärung veröffentlichen, daß dieser Plan zurzeit aufs eifrigste bearbeitet wird, und daß man daran sei, ihn in einer Schrift niederzulegen; der Inhalt allerdings blieb noch Geheimnis.

Und doch ist gerade der Inhalt dieser Denkschrift das zurzeit wichtigste Problem; nicht nur für die äußere Politik, auch für die innere.

Ginge es nach den Wünschen der Rechtsparteien, nach der Meinung der Stinnes und Helfferich und ihrer Presse, so wäre es verhältnismäßig leicht, diesen Inhalt festzulegen. Dann würde sich die deutsche Regierung einfach darauf beschränken, zu erklären: ich kann nicht. Dann würde sie, im Anschluß an die eingehenden und äußerst sachkundigen Ausführungen Rathenaus in Cannes die Tatsache feststellen, daß die deutsche Wirtschaft gegenwärtig nicht einmal sich selbst trägt; daß ihr Ertrag trotz der niedrigen Lebenshaltung großer Bevölkerungskreise nicht ausreicht, um die wichtigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe, die eingeführt werden müssen, zu bezahlen; daß sie, die Wiedergutmachungssummen nicht eingerechnet, jährlich mit einer Unterbilanz von beinahe zwei Goldmilliarden arbeitet, also einer stetig zunehmenden Verarmung entgegenschreitet.

Das wäre die glatte und offene Wahrheit. Und trotzdem darf die deutsche Regierung diesen Standpunkt nicht einnehmen, will sie nicht die Suppe des Herrn Poincare kochen. Denn dieser hat ja gerade deshalb Briand gestürzt, weil er die Meinung verficht, daß die ganzen deutschen Einwendungen Winkelzüge sind, um sich von jeder Zahlung zu drücken. Eine deutsche Ablehnung aller Zahlungen für die nächsten Jahre würde Poincares Behauptung bestätigen, und seine Stellung im Obersten Rat außerordentlich stärken. Sie würde außerdem den Weg frei machen für die alte französische Drohpolitik, für militärische Zwangsmaßnahmen.

So wird die genannte deutsche Denkschrift andere Vorschläge machen müssen; sie wird versuchen müssen, irgend einen Weg zu weisen, auf dem Deutschland über die jetzige Unglückszeit hinwegzukommen hofft. Voraussetzung zu jedem Gelingen, auch des bescheidensten Angebotes, aber ist eine Ordnung des deutschen Eigenhaushalts, und auch darüber verlangt die Entente, wie oben gesagt, einen genauen Plan.

Die Sachlage ist also folgende: Aus dem Ueberschuß der eigenen Wirtschaft kann Deutschland seine Schuldverpflichtungen nicht bezahlen. Denn infolge des langen Krieges und auch infolge der weiten Gebietsabtretungen liefert die deutsche Wirtschaft keinen Ueberschuß. Es ist aber zu erwarten, daß nach einigen Jahren hingebender Arbeit Deutschland so weit gesundet sein wird, daß sich wieder Ueberschüsse einstellen werden. Und in der Hoffnung auf diese kommenden Ueberschüsse könnte die deutsche Regierung versuchen, einstweilen auf dem Anleihewege die Mittel aufzubringen, die sie jetzt schon braucht.

Für eine solche Anleihe kommt nur das Ausland in Frage; denn nur das hochwertige Geld fremder Valuten bringt uns an das Ziel unserer Wünsche. Das Ausland aber, besonders Londoner Geldkreise, haben ganz deutlich ausgesprochen, daß sie bei der jetzigen Finanzlage Deutschlands nur wenig Vertrauen zum deutschen Gelde haben; und daß sie unter solchen Bedingungen Deutschland ohne besondere Sicherheit keinen Kredit geben wollen.

Zwei Ziele muß unter diesen Umständen die Politik die deutsche Reichsregierung verfolgen. Zunächst ist dafür zu sorgen, daß die Einnahmen mit den Ausgaben einigermaßen in Einklang gebracht werden; neue Steuern werden dazu in großem Umfange nötig sein. Ferner wird das Reich darnach streben müssen, wirkliche Werte, d. h. Sachwerte in die Hand zu bekommen, um Sicherheiten für aufzunehmende Auslandsanleihen zu haben.

Bei genauem Zusehen fallen diese beiden Ziele in eins zusammen. Darüber, daß die aufzulegenden neuen Steuern nicht den Lohn- und Gehaltsempfängern zur Last fallen dürfen, ist doch wohl nirgends ein Zweifel vorhanden. Ist also nur eine Möglichkeit vorhanden, um Geld zu schaffen: Rücksichtslose Erfassung des Besitzes. Die ganzen Werte der Wirtschaft sind nach wie vor in den Händen einer kleinen Bevölkerungsschicht, der Kapitalistenklasse. Sie zieht daraus geradezu ungeheuerliche Gewinne. Sie ist es deswegen auch, die dem Staate helfen muß. Nicht mit Papierwerten, die stets wieder verdunsten; sondern mit ihren wirklichen, werbenden Werten. Einen Teil ihres Besitzes muß der Staat, wohl oder übel, in seinen Besitz überführen. Dann erst wird er etwas unab-

hängiger von dem ewigen Niedergang der Papiermark; und dann hat er auch die Werte in der Hand, die für aufzunehmende Anleihen Sicherheiten bieten.

Wir wissen ganz genau, daß solche rücksichtslose Steuergesetzgebung den erbitterten Widerstand des Unternehmertums finden würde, und leider auch vieler mit dem Unternehmertum zusammenhellender bessergestellter Gehaltsempfänger. Aber dieser Widerstand darf uns nicht abhalten, diesen Weg zu gehen, denn es geht um Leben und Sterben eines Volkes.

Man wird uns einwerfen, daß eine solche Erfassung des werbenden Kapitals der Anfang der Sozialisierung sei. Aber das ist es ja gerade, was wir wollen: Allmähliches Ueberführen des kapitalistischen Besitzes in das Eigentum des Staates, Sozialismus.

Was kann Poincaré?

Daß Herr Poincare Reden halten kann, mit denen er seine Freunde begeistert, und die dann in der gesamten europäischen Presse lebhaft kommentiert werden, das weiß man nicht erst seit dem Tage, an dem er seine Antrittsrede gehalten hat. Weit mehr aber als die Frage, mit welchen neuen Wendungen Herr Poincare seine altbekannte Politik begründet hat, interessiert uns die andere, welche Mittel der neue Lenker der Geschicke Frankreichs in der Hand hat und welchen Weg er einschlagen kann, um seine Ziele zu verwirklichen.

Für Herrn Poincare, wie für jeden französischen Ministerpräsidenten gibt es zwei Wege: den einen mit dem Vertrag von Versailles und den anderen gegen diesen Vertrag. Der Vertrag von Versailles ist bekanntlich nicht zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen, sondern zwischen Deutschland einerseits und den alliierten und associierten Regierungen andererseits. Aus dem Vertrage von Versailles schuldet Deutschland Frankreich keinen Pfennig. Alles, was es schuldig ist, ist es der Gesamtentente schuldig, die die Anteile unter sich verrechnet. Aus dem Vertrage von Versailles hat ferner Frankreich nicht das allergeringste Recht, mit Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorzugehen. Frankreich kann gegen Deutschland nichts verhängen oder verfügen, es sei denn, daß es von der Gesamtentente dazu beauftragt wäre.

Die Politik mit dem Vertrag hat Briand getrieben und er ist darüber gestürzt. Briand hat richtig erkannt, daß Frankreich nichts vermag ohne seinen wichtigsten Mitspieler England, und er hat darum England weitgehende Zugeständnisse gemacht, um von den Vertragsrechten Frankreichs soviel zu retten, wie vernünftiger- und möglicherweise gerettet werden kann. Wenn Poincare eine Politik mit dem Versailler Vertrag treiben will, so wird ihm garnichts anderes übrig bleiben, als nach einigem Drehen und sich wenden, auf demselben Wege weiterzuschreiten, den Briand vor ihm betreten hatte.

Der andere Weg ist, wie gesagt, der Weg gegen den Vertrag, das heißt der Weg gegen das geltende Völkerrecht, der Weg gegen den Frieden, der Weg des Krieges: eines Krieges, der nur darum nicht den Anblick eines gewöhnlichen Krieges gewährt, weil der zweite, der zum Kriegführen gehört, fehlt. Die Pariser „Internationale" will wissen, daß Herr Poincare bereits Maßnahmen getroffen hat, um die Besetzung des Ruhrgebietes vorzubereiten. Wir glauben, daß es sich nur um sehr vorläufige und sehr behutsame Maßnahmen handeln kann, denn die Besetzung des Ruhrreviers durch Frankreich dürfte unter den heutigen Umständen nicht nur von der ganzen außerfranzösischen Welt als ein Bruch des Friedens mit einem Aufschrei der Entrüstung aufgenommen werden, auch in Frankreich ist eine Mehrheit für ein derartiges Vorgehen zum mindesten ungewiß, die Opposition, die sich dagegen wendet, ist ungemein stark. Wenn Herr Poincare die Absicht hat, auf Deutschland einen militärischen Druck auszuüben, um weitere Zugeständnisse zu erlangen, so muß es dazu nicht nur militärischer Vorbereitungen bedürfen, sondern auch politischer, das heißt, die gegenwärtige französische Regierung wird sich erst bemühen müssen, in der Welt die Stimmung hervorzurufen, die eine Ausdehnung der Besetzungszone möglich macht, ohne schweren Schaden für Frankreich und die französische Regierung selbst.

Man darf wohl sagen, daß man heute in Deutschland allen militärischen Eventualplänen der neuen französischen Regierung mit einiger Kaltblütigkeit entgegensieht. Die Situation ist nicht innerlich gefestigt, und so gewiß wir dessen sind, daß die jetzt besetzten Gebiete ihre Treue zum Deutschen Reich halten werden, so wenig zweifeln wir daran, daß dies auch bei den Bevölkerungen jener Gebiete, die etwa einer neuen Besetzung unterliegen könnten, der Fall sein würde. Neue Besetzungen können höchstens neue internationale Konflikte zwischen Deutschland und seinen bisherigen Verbündeten hervorrufen, sie können höchstens die Erbitterung in Deutschland über die militärische Willkür Frankreichs zur Siedehitze steigern und den nationalen Haß fördern, aber mehr vermögen sie nicht.

Für den Fall neuer Besetzungen wäre zu unterscheiden zwischen rein militärischen Besetzungen und der mit der Errichtung einer inneren Zollinie verbundenen Machtergreifung durch Frankreich. Die neue Form bedeutet nicht weniger, aber auch nicht mehr, als daß eine Reihe deutscher Städte französische Garnisonen erhalten, wodurch die Besatzungskosten gesteigert werden, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindert wird. Viel gefährlicher wäre die Wiederaufnahme der seiner Zeit eingeführten und bald wieder fallen gelassenen sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen. Doch ist nicht anzunehmen, daß England ein derartiges Vorgehen Frankreichs, das letzten Endes auf die Einverleibung Westdeutschlands in das französische Wirtschaftsgebiet hinzielt, auch nur einen Augenblick dulden könnte. Tritt nicht eine vollkommene Veränderung der politischen Gesamtsituation ein, dann werden die Franzosen wohl wissen, daß sie den Bogen niemals so weit spannen dürfen.

Dürfen wir also allen Möglichkeiten einer verschärften französischen Machtpolitik mit Ruhe entgegensehen, so dürfen wir darüber doch keineswegs die Vorsicht außer Acht lassen. Herr Poincare kann durch militaristische Lufttöne aus Deutschland keine Million Goldmark mehr herausholen, als Deutschland sonst zahlen würde. Er kann die Summe der zahlbaren Millionen auf solche Weise höchstens vermindern. Seine Politik hat aber, und das darf keinen Augenblick vergessen werden, noch ein anderes Ziel als das, Frankreich finanziell zu befriedigen. Sie soll Deutschland derart schwächen, daß es auf Jahrzehnte hinaus als militärischer Gegner Frankreichs nicht mehr in Betracht kommt. Zu diesem Zweck wird Herr Poincare alle separatistischen Bestrebungen in Deutschland fördern oder, wo sie nicht vorhanden sind, erst zu wecken versuchen. In München ist im Regierungsjahr Briand die monarchistische-separatistische Politik abgebaut worden. Man kann jetzt mit einiger Gewißheit damit rechnen, daß sie demnächst wieder mit größtem Eifer aufgenommen werden wird, und wie in Bayern, so wird es auch in den Rheinlanden sein.

Herr Poincare hat bei seinem Regierungsantritt die Kriegsparole der Union sacré des Burgfriedens ausgegeben. Er will für Frankreich die geschlossene nationale Front, die er freilich zu verwirklichen nicht imstande sein wird. Uns liegt es fern, die durch den Regierungsantritt Poincares geschaffene Situation so tragisch zu nehmen, daß wir deswegen auch unsererseits für Deutschland den Burgfrieden und die nationale Einheitsfront predigen möchten. Aber das darf wohl gesagt werden, daß jetzt mehr denn je alle reaktionären separatistischen Treibereien Wasser auf die Mühle des französischen Imperialismus sind. Wer nicht Herrn Poincares Geschäfte besorgen will, der muß fester denn je zur deutschen Regierung und ihrer untrennbaren Einheit stehen.

Lenin geht nicht nach Genua.

Moskau, 20. Januar.

Laut Informationen aus maßgebenden Quellen wird Lenin keinesfalls an der Konferenz in Genua teilnehmen, da die Befürchtung besteht, daß der radikale Flügel der kommunistischen Partei seine Abwesenheit dazu benutzen könnte, um die Macht an sich zu reißen. Bekanntlich hat sich der radikale Flügel bereits sehr energisch gegen eine Entsendung von Delegierten nach Genua ausgesprochen.

Warschau, 20. Januar.

Laut Moskauer Meldungen sind Joffe und Bakowski zu russischen Vertretern auf der Konferenz von Genua ausersehen. Der Vorsitzende der Delegation ist noch nicht bestimmt.

Vor neuen Beamtenforderungen.

Berlin, 20. Januar. Die Beamtengewerkschaften beabsichtigen, eine gemeinsame Besprechung der Spitzenorganisationen einzuberufen, um sich mit der Frage eines geschlossenen Vorgehens über die weitere Verfolgung der Beamtenforderungen zu beschäftigen. Die Besprechung soll erfolgen, sobald eine Stellungnahme des Reichstages zu der Regierungsvorlage über die Aufstellung der Beamten- und Staatsarbeiterbezüge vorliegt.

Die Eisenbahner und die Teuerung.

Essen, 20. Januar.

In Essen tagte eine Konferenz der Gau- und Bezirksvertreter der Direktionsbezirke Köln, Essen und Elberfeld der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Ergebnis der letzten Teuerungsaktion der Eisenbahner. Nach ausgiebiger Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, das bisherige Zugeständnis, für Arbeiter einen Stundenlohn-Zuschlag von 75 Pfennig, für Beamte eine Verbesserung des Jahreseinkommen um 1800 Mark zu bewilligen, für das hiesige Wirtschaftsgebiet als unzulänglich zu bezeichnen. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die von der Regierung für den 23. Januar zugesagten weiteren Verhandlungen schnellstens erledigt werden.

Die Börse.

Berlin, 19. Januar.

Am Donnerstag zeigte der Berliner Devisenmarkt wiederum ziemlich feste Tendenz. Die Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln waren allerdings gering. Dollarnoten setzten mit 192 ein und gingen zeitweilig bis auf 184 zurück. Amtlich notierten Kabel New York 190½, London 805, Holland 6990. An der Effektenbörse herrschte lebhaftes Geschäft bei steigenden Kursen. Die Dollarhaussee geht jetzt auf verschiedene chemische und Kohlen-Werte über. Auch Petroleum-Aktien wurden zu steigenden Kursen in großen Beträgen umgesetzt.

Lohnbewegung in der sächsischen Holzindustrie.

Berlin, 19. Januar.

Das bisherige Lohnabkommen für die sächsische Holzindustrie lief am 15. 1. ab. Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen scheiterten, weil die Unternehmer jede weitere Lohnzulage ablehnten, sodaß in nächster Zeit mit einem Kampf in der sächsischen Holzindustrie gerechnet werden kann. Eine Landeskonferenz der Arbeiter wird dazu Stellung nehmen. Vorerst wurde die Weisung ausgegeben, in den Betrieben, in denen noch Überstunden geleistet werden, jede weitere Überzeit sofort einzustellen.

Die Ordnung im Reichstag.

Berlin, 19. Januar.

Man erinnert sich, daß das Auftreten von Mitgliedern der äußersten Rechten und der äußersten Linken wiederholt zu unerhörten Auftritten im Reichstag geführt hat. Der Geschäftsordnungsausschuß hat sich deshalb mit der Frage beschäftigt, welche verstärkte Disziplinargewalt dem Präsidenten gegeben werden soll. Zu einer Einigung ist der Ausschuß bisher nicht gekommen. Er übergibt den Fraktionen eine Reihe von Anträgen zur Beratung innerhalb der Fraktionen. Ein Unterausschuß der Geschäftsordnungskommission ist zu folgendem Vorschlag gekommen:

„Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von dieser Sitzung ausgeschlossen werden. Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Leistet der Abgeordnete der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. In diesem Falle zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschluß für die folgenden 3 Sitzungstage zu. Der Präsident stellt dies bei Wiedereröffnung der Sitzungen oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest. — Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, tritt der Ausschluß an 15 Sitzungstagen ein. — Ein Abgeordneter darf während der Dauer der Ausschließungen auch an Ausschußsitzungen nicht teilnehmen. — Der Präsident kann dem ausgeschlossenen Abgeordneten das Betreten des Reichstagsgebäudes untersagen und zur Durchführung seiner Maßnahmen die erforderliche Macht von der vollziehenden Gewalt anfordern.

Wenn im Reichstag störende Unruhen entstehen, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentenstuhl. Die Sitzung ist alsdann auf eine Stunde unterbrochen. — Wer auf der Zuhörertribüne Beifall oder Mißbilligung äußert, oder Ordnung und Anstand verletzt, kann auf Anordnung des Präsidenten sofort entfernt werden. Der Präsident kann die Zuhörertribüne, wenn auf ihr störende Unruhen entstehen, räumen lassen."

Das sozialdemokratische Ausschußmitglied Schmidt-Sachsen hatte folgenden Antrag gestellt:

„Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Die Ausschließung gilt für den Rest der Sitzung, in deren Verlauf sie ausgesprochen wurde. Leistet das Mitglied der Aufforderung des Präsidenten keine Folge, dann kann der Präsident die Sitzung auf unbestimmte Zeit aussetzen, oder ganz aufheben.

Gehört der Ausgeschlossene einer Fraktion an, so ist diese unmittelbar nach dem Vorfall vom Präsidenten zur Erklärung aufzufordern. Bei Nichtzugehörigkeit zu einer Fraktion ist der Ausgeschlossene zur Aussprache vor den Präsidenten zu laden. Gibt der Ausgeschlossene bei Beginn der folgenden Sitzung eine, mit dem Präsidenten zu vereinbarende Erklärung, so gilt der Vorfall als erledigt. Andernfalls hat der Präsident das Recht, den Widersetzlichen bis zur Dauer von 6 Sitzungstagen auszuschließen. Bei wiederholter Weigerung, den Anweisungen des Präsidenten zu folgen, kann die Ausschließung auf 10 Tage erfolgen."

Anträge von Fehrenbach und Dr. Kahl, die gleichfalls vorliegen, kommen dem ersterwähnten Antrage des Unterausschusses wesentlich nahe.

Die saarländische Eisenindustrie.

Berlin, 20. Januar.

Wie der Deutsche Handelsdienst hört, schweben bei einigen Saarwerken der eisenverarbeitenden Industrie zur Zeit Erwägungen, den Sitz der Werke aus dem Saargebiet zu verlegen. Die Hauptursache dafür ist die außerordentliche Steigerung der Selbstkosten, die in erster Linie auf der Frankenentlohnung der Arbeiter und den ebenfalls in Franken zu bezahlenden Kohlenpreisen beruht. Die Lage der saarländischen Hüttenindustrie hat sich gebessert. Der Absatz nach Deutschland läßt zwar zu wünschen übrig, da die Saarindustrie infolge ihrer hohen Selbstkosten nur bis zu einem begrenzten Grade in Deutschland konkurrenzfähig ist; dagegen hat die Ausfuhr nach Frankreich in letzter Zeit zugenommen.

Zur Erhöhung des Brotpreises.

Berlin, 19. Januar.

Das „Korrespondenzblatt des A. D. G. B." nimmt in seiner am Sonnabend erscheinenden Ausgabe „Zur Erhöhung der Brotpreise" Stellung. U. a. heißt es in dem Artikel:

„Jeder wird für den Mehraufwand Deckung suchen und so wird eine Preiserhöhung die andere treiben. Auch Lohnerhöhungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Mehrausgabe an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzusparen. Neue Unruhen im Wirtschaftsleben, Preiskämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein, besonders schlimm wird es wieder den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können."

Nach der Feststellung, daß die Verantwortung für eine solche katastrophale Entwicklung diejenigen tragen, die die Gemeinbewirtschaftung des Brotgetreides jahrelang systematisch untergraben und schließlich zu Fall gebracht haben, heißt es wörtlich:

„Man sollte meinen, daß das Reichsernährungsministerium, ehe es die Mehrkosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwälzt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Angesichts der Tatsache, daß die einheimische Brotgetreideernte verfügbare Mehrerträge aufweist, hätte es bereits im Oktober 1921, am Beginn der bedrohlichen Markverschlechterung, die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Es konnte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet hohe Gewinne verhieß. Es hätte einen Teil der Valutagewinne für die Sicherstellung der Vollsernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung einschränken können, um für diese erträgliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschehen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs sichergestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Prozent des Umlagesolls abgeliefert sind. Man hat die Landwirte klotzig verdienen lassen, und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Steigerung der heimischen Getreideerzeugung durch Pflichtanbau ist in Aussicht genommen. Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes schließt sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger fließen läßt. Wir bekämpfen dieses System der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauchers, anstatt des Besitzes. Umso dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser ungerechten Politik ein Ende gemacht wird, die das Volk erbittert und uns wirtschaftlichen und innerpolitischen Katastrophen entgegentreibt, bei denen mehr als eine Regierung auf dem Spiele steht.

Verhandlungen zur Regelung der Ueberteuerungszuschüsse.

Berlin, 19. Januar.

Bei den zwischen der Reichsregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in diesen Tagen stattgefundenen Verhandlungen wurde u. a. auch vereinbart, daß neben der allgemeinen Lohn- und Gehaltszulage eine Neuregelung der bisher in Kraft befindlichen Ueberteuerungszuschüsse erfolgt. Bei dieser Gelegenheit wird auch gleichzeitig geprüft, in welchem Umfange die bis jetzt nur den Eisenbahnarbeitern in besonders teuren Orten gewährten Ueberteuerungszuschüsse auch auf die Arbeiter anderer Verwaltungen und die Beamten Verwendung finden können. Für die Eisenbahnverwaltung beginnen die hierfür in Aussicht genommenen Verhandlungen am Dienstag, dem 24. Ja-

nuar, im Reichsverkehrsministerium, für die Arbeiter der übrigen Verwaltungen im Reichsfinanzministerium am Montag, dem 23. Januar, im Reichsfinanzministerium. Bezüglich der Beamten wird erst zu der Frage Stellung genommen werden können, wenn der Reichstag die Ergänzungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz verabschiedet hat. Das wird voraussichtlich noch in dieser Woche der Fall sein.

Streikgefahr.

Zu den in den letzten Tagen gemeldeten Mitteilungen über die in den einzelnen Bezirken drohende Streikgefahr erfahren wir, daß in der Tat bei den Hauptverwaltungen der einzelnen Organisationen besorgniserregende Nachrichten einlaufen. Ganz besonders gilt das für jene Bezirke und Orte, in denen die Löhne der Privatindustrie bedeutend höher sind als die Bezüge des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe. Vielfach liegt dabei offenbar ein Mißverständnis vor, weil die Auffassung vorhanden ist, daß der für die Arbeiter bewilligte jährliche Betrag von 1875 Mk., bezw. bei den Beamten von 2000 Mk., das äußerste Zugeständnis der Regierung sei. In Wirklichkeit sind aber für die besonders teuren Orte noch Ueberteuerungszuschüsse vorgesehen, um die Bezüge des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe den vergleichbaren Löhnen der Privatindustrie anzupassen. Wie wir an anderer Stelle mitteilen, sind die Verhandlungen über diese Frage bereits festgesetzt, und es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Neuregelung wesentlich zur Beruhigung in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten beitragen wird.

Die Einladung an Sowjetrußland.

Das Einladungstelegramm zur Konferenz in Genua, das der italienische Ministerpräsident Bonomi an den Volkskommissar für Aeußeres gerichtet hat, ist im Namen des Obersten Rates abgefaßt und hat zur Anlage eine Abschrift des Beschlusses des Obersten Rates vom 6. Januar. Bonomi nimmt Bezug auf Tschitscherins Antwort auf die an Lenin gerichtete Einladung und ersucht die Sowjetregierung, eine Delegation nach Genua zu entsenden und die Namen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen. Das Telegramm schließt, wie wir einer OE.-Meldung entnehmen, mit folgenden Worten: „In der Zuversicht, daß Sie die ganze Wichtigkeit der Bedingungen erkennen, die der Oberste Rat für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Entente mit der russischen Regierung im Interesse der Wiederherstellung Europas für notwendig erklärt, nimmt der Oberste Rat mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, Delegierte mit weitgehenden Vollmachten zu entsenden, die berechtigt wären, verantwortliche Beschlüsse zu fassen."

*

Unter der Ueberschrift „Was sagen die Arbeiter und Bauern der R. S. F. S. R. dazu?" veröffentlicht die Moskauer „Prawda" einen Bref des Rotarmisten Petrow, worin es u. a. heißt: Die Einladung Lenins zu einer internatonalen Konferenz bedeutet natürlich einen Fortschritt für unser Ansehen. Können uns aber die Diplomaten die Sicherheit für Leben und Gesundheit unseres teuren Iljitsch (Lenin) garantieren? Es fragt sich, ob sie imstande sind, den Haß der aus Rußland verjagten Emigranten zu zähmen, die mit den Feinden der Sowjetrepublik Hand in Hand arbeiten. Nein! Sie können für seine Sicherheit nicht garantieren. Deshalb, Genossen, habt Acht auf den Alten und laßt ihn nicht hinaus!

*

Krassin erklärte in einer Unterredung mit dem politischen Berichterstatter des „Manchester Guardian", es sei unmöglich, der zunehmenden Verheerung Europas und dem Niedergang der Länder ein Ende zu bereiten, solange die herrschenden Länder sich nur von ihren eigenen Tagesinteressen leiten ließen. Der Versailler Vertrag müsse abgeändert werden, nicht nur im eigenen Interesse der Sieger, sondern auch der Besiegten. Der Vernichtung des Wirtschaftslebens Deutschlands und der Zerstörung seiner Erzeugungsfähigkeit mittels einer beispiellosen Entscheidung und infolge der vom Standpunkt der Produktion sinnlosen Zerreißung Deutschlands müsse ein Ende gemacht werden. Krassin fügte hinzu, ohne die Wiederherstellung Rußlands gebe es keinen Weg aus der europäischen Krise heraus.

*

Zum Volkskommissar für Landwirtschaft ist Jakowenko ernannt worden. Er ist erst 34 Jahre alt und seiner Herkunft nach Bauer aus dem sibirischen Gouvernement Jnissejsk. Er hat nie die Schule besucht, sondern seine Bildung selbst erworben und war noch vor kurzem als Bauer in seinem Dorfe tätig. Der bisherge Volkskommissar für Landwirtschaft Ossinski (ein Mann aus dem höchsten Adel Zarenrußlands) ist zum Rücktritt veranlaßt worden, weil er auf dem Rätekongreß entschieden für Aufhebung des Außenhandelsmonopols eingetreten war.

*

In diesen Tagen tritt in Ssimferopol, der Hauptstadt der autonomen Sowjetrepublik Krim, die erste Deutsche Parteilose Bauernkonferenz der Krim zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Landwirtschaft, des Bildungswesens, der Hungerhilfe in den deutschen Krimkolonien. Als Delegierte können gewählt werden „alle Bürger mit Ausnahme von früheren Gutsbesitzern, Großmühlenbesitzern, Fabrikanten, Kaufleuten, Großbauern, die über 100 Deßjatinen (etwa 400 Morgen) besaßen, und anderen Ausbeutern."

Die deutsche Währung in Oberschlesien.

Oppeln, 18. Januar.

Die Frage der Beibehaltung der deutschen Währung in dem an Polen abgetretenen oberschlesischen Gebiet führte zwischen den Polen und der deutschen Reichsbank zu ausgedehnten Besprechungen. Die Polen glaubten aus der in der Genfer Entscheidung getroffenen Bestimmung, die deutsche Mark in Oberschlesien als gesetzliches Zahlungsmittel beizubehalten, einen Anspruch darauf herleiten zu können, daß die Reichsbank ihre in Kattowitz befindliche Filiale bestehen lassen müsse. Die polnischen Forderungen gingen sogar noch weiter; man verlangte nämlich, daß die Kattowitzer Reichsbankfiliale mit einer von den Polen in Oberschlesien zu errichtenden Bank in Giroverkehr treten müsse und daß der Kattowitzer Reichsbankfiliale ein polnischer Kontrollbeamter beizugeben wäre. Nach Auffassung der Reichsbank soll indessen die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in Oberschlesien nicht durch eine Reichsbankfiliale, sondern durch die Filialen der Deutschen Bank in Kattowitz und in Rybnik, die die Beschaffung der benötigten Zahlungsmittel zu übernehmen hätten, gewährleistet werden. Dieser Auffassung haben sich nun die polnischen Unterhändler nach langem Widerstreben gefügt. Die Verhandlungen mit den deutschen Banken stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Die „Gazeta Dziennik Gdanska" behauptet in der Nummer vom 8. Januar, daß „die Deutschen im Weichselgebiet diejenigen polnischen Gutsbesitzer auszuweisen beginnen, die über 3000 Morgen besitzen. Auf diesen Gütern sollen deutsche Kolonisten zur Verbreitung und Kräftigung des Deutschtums angesiedelt werden." Auf Grund der an zuständigen Stellen eingezogenen Erkundigungen ist, wie die Pressestelle des Oberpräsidiums Königsbergs mitteilt, festgestellt worden, daß von den deutschen Behörden derartige Ausweisungen polnischer Gutsbesitzer nicht erfolgt sind. Im übrigen kann man diese Tendenzmeldungen des Danziger Polenblattes getrost zu ihren übrigen Lügenmeldungen legen. Wollte man alle Falschmeldungen des Organs berichten, dann müßte man eine besondere Zeitung dafür gründen.

Klassenjustiz in Amerika.

Von H. L. Mencken, Baltimore.

Bei allen Erörterungen des vor einger Zeit versuchten Attentats auf den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick, wird eine wichtige Tatsache übersehen, nämlich diese: Die Kommunisten Amerikas haben ganz recht, wenn sie behaupten, daß Sacco und Vanzetti der elektrische Stuhl droht, nicht weil sie des Raubes und Mordes überführt sind, sondern einfach, weil sie sich zum Kommunismus bekennen. Eine Situation, die in der amerikanischen Rechtsprechung schon ganz alltäglich geworden ist. Sobald ein Mensch Lehren anhängt, die der Masse der Amerikaner genügend fürchterlich erscheinen, oder auf irgendeine andere Weise sich hinreichend unbeliebt gemacht hat, so bemüht man sich alsbald, ihn unter irgendeiner sensationellen Anklage vor den Richter zu schleppen, und alle Macht der Gesetze arbeitet auf das eine Ziel hin, den Mann zu Recht oder zu Unrecht als schuldig zu erweisen.

Der Krieg hat diesem edlen und patriotischen Treiben einen tüchtigen Aufschwung gegeben. Die meisten Amerikaner dürften wohl den Fall O'Leary vergessen haben — aber es gibt amerikanische Iren, die sich seiner sehr wohl erinnern. O'Learys einziges Vergehen war, daß er den verflossenen Woodrow Wilson der Anglomanie beschuldigte, und dafür wurde er wegen — Hochverrats an den Vereingten Staaten vor Gericht gestellt, und unter den Zeugen, die von der Regierung gegen ihn aufgerufen wurden, befanden sich so viele unverkennbare Meineidige, daß die Verhandlung zur Posse wurde und sogar eine sorgfältig gesiebte Geschworenenbank ihn freisprach.

Das war ein Fall aus der Kriegszeit. Im Frieden gab es viele Seitenstücke dazu, besonders seit die hysterische Furcht vor den sogenannten Radikalen aufgekommen war. Mancher wird sich noch des Falles Mooney entsinnen. Seine Hauptzüge haben eine merkwürdige Aehnlichkeit mit denen des Falles Sacco und Vanzetti. Mooney war ein radikaler Arbeiterführer in Kalifornien, und verschiedene kapitalistische Organisationen hatten Detektive besoldet, die ihn beobachten mußten. 1916 wurde bei einer Parade in San Franzisco eine Bombe geworfen, und sofort gaben diese Mooney die Schuld. Bei der Verhandlung war das Beweismaterial gegen ihn erdrückend. Der Staat brachte Zeugen, die jede Einzelheit in seinen Bewegungen vor und nach der Explosion angeben konnten. Er wurde überführt und zum Tode verurteilt.

Das geschah vor fünf Jahren. Nun betrachte man die heutige Lage. Da man sie nicht mehr wegen Meineids verfolgen kann, haben die Hauptzeugen zum größten Teil eingestanden, daß ihr Zeugnis falsch und daß nach ihrem besten Willen Mooney vollkommen unschuldig war. Und das Zeugnis jener, die dies Eingeständnis unterlassen haben, das Zeugnis, auf dem der ganze Fall begründet war, ist ohne die Möglichkeit eines Zweifels als ebenso falsch erwiesen worden. Kein rechtlich denkender Mensch hält Mooney heute für schuldig. Die von der Bundesregierung mit der Untersuchung Betrauten haben ihn schon mindestens vor 4 Jahren als unschuldig bezeichnet; auf das energische Drängen des Präsidenten hin wurde sein Urteil in lebenslängliches Gefängnis umgewandelt.

Aber ist Mooney frei? Ist er aus dem Gefängnis entlassen? Nein. Jeder glaubt an die Unschuld dieses Mannes, dessen Hauptankläger öffentlich gestanden haben, daß alle Zeugnisse gegen ihn ein Haufen von Lüge gewesen sind — und er sitzt noch im Strafhaus in Kalifornien und scheint dort bleiben zu sollen, bis er stirbt. Sein Verberchen ist: er ist ein Radikaler. In Kalifornien hat man Angst vor den Radikalen.

Der Fall Sacco-Vanzetti weicht vom Falle Mooneys in einem wichtigen Punkte ab. Es ist nicht der geringste Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Zeugenaussagen gegen die beiden Männer auf Meineid beruhten. Wäre das Beweismaterial, wie in den Fällen O'Leary und Mooney, von beeideten Beamten zusammengestellt, so wäre es weit vollständiger und überzeugender ausgefallen. Die amerikanische Polizei ist in solchen Dingen sehr tüchtig und macht ganze Arbeit. So ist es eben die Dürftigkeit der Zeugenaussagen, die unter den heimischen und auswärtigen Radikalen solch flammende Entrüstung hervorruft. Sacco und Vanzetti führten Scharen von Zeugen vor, die ihr Fernsein von der Stätte des Verbrechens zur Zeit der Tat beweisen sollten, und die Staatszeugen, die sie identifizierten, waren unsicher und widersprachen einander; dennoch belehrte der Richter die Geschworenen zum Nachteil der Angeklagten, und diese wurden verurteilt. Der Kern der Anklage war, daß der Radikalismus unterdrückt werden müsse — daß es die heilige Pflicht aller echten Amerikaner, insbesondere der Geschworenen sei, „hinter dem jungen amerikanischen Krieger zu stehen, während er auf den französischen Schlachtfeldern kämpfte und sein Leben hingab."

Mit anderen Worten: Der gelehrte Richter leistete sich ein Domagegentum vom Richterstuhle aus. Was hatten die französischen Schlachtfelder mit einem gewöhnlichen Ueberfall und Mord in South Braintree, Mass., zu tun — wenn man nicht annahm, daß Radikale, waren sie eines Verbrechens angeklagt, irgendwie anders behandelt werden sollten als andere in einem solchen Fall? Diese Theorie ist jetzt in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet. In ihr steckt viel Böses, und das beginnt nun durchzusickern. Die Behauptung der extremeren Radikalen, daß sie oder andere unbeliebte oder einflußlose Leute vor Gericht ihr durch die Verfassung gewährleistetes Recht nicht suchen dürfen, kann nicht überzeugender und beredsamer erklärt werden. Nichts kann sie mehr in ihrer finsteren Lehre bestärken, daß die einzige Möglichkeit für sie, in Amerika Recht zu bekommen, darin besteht, zur Bombe zu greifen und ihre Unterdrücker in die Luft zu sprengen.

Die Methode, nach der man den Radikalismus behandelt, ist nicht die russische, sondern die frühere englische. Wie allgemein bekannt, waren die englischen Strafgesetze bis in die jüngste Zeit die härtesten der ganzen Christenheit. Die Strafen waren erschreckend und wurden ohne Milderung erteilt. Aber — und das ist das Wichtige — sie wurden nach Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zugesprochen. Ein Mensch, der aller Freunde ermangelte, wurde von einem englischen Gericht ebenso behandelt wie der reichste Kapitalist im Lande. Die Polizei bemühte sich nicht, Beweismaterial gegen ihn zu sammeln. Die Organe der Strafverfolgung trachteten nicht danach, durch Denunziationen in der Presse höhere Aemter zu erlangen. Kein Richter hielt von seinem Sitze aus eine Wahlrede gegen den Angeklagten. Und was das wichtigste ist, der Angeklagte konnte nicht nach allgemeinen Prinzipien in Gefahr seines Lebens oder seiner Freiheit gebracht werden — er mußte eines bestimmten Verbrechens und keines anderen angeklagt sein, und das Gesetz mußte seine Handlungsweise verboten haben, und es mußte auf jeden anwendbar sein. Keiner durfte des Mordes schuldig erklärt werden, weil er ein Atheist, oder des Raubes, weil er ein Anarchist war.

Damals durfte in England ein jeder frei seine Meinung äußern. Man konnte eine Idee vertreten, mochte sie der Mehrzahl der Menschen noch so unangenehm sein, wenn man dies auf anständige Weise tat. Einer konnte dies öffentlich tun, und die Polizei gewährte ihm Schutz. Auch dort hat der Krieg in die Lage der Dinge eingegriffen. Die Spionenjagd artete in eine Hetze gegen alle Arten von Hexen und Ketzern aus. Aber man konnte doch noch in hohem Maße die Vorzüge der alten britischen Methode erkennen. England hat nicht weniger Radikale als irgend ein Land in Europa, aber sie werden meistens anständig behandelt, und so sind sie verhältnismäßig harmlos. Man hört ihnen zu und geht seines Weges. Die Polizei hetzt sie nicht, überfällt sie nicht, sperrt sie nicht ohne Haftbefehl ein, bringt keine Meineidigen heran, um sie niederzulügen. Vor Gericht werden sie noch Gerechtigkeit finden.

In England wirft man selten mit Bomben. Es gibt keine Entschuldigung dafür. Niemand kann sagen, daß ihm das Recht vorenthalten wird, daß er falsch beschuldigt und wegen seiner Ansichten verfolgt wird. Aber dies könnte wohl mit Recht von vielen in den Vereinigten Staaten behauptet werden, und zwar mit jedem Jahre häufiger — von den Mooneys und O'Learys, den J. W. W.'s in Los Angeles und Chicago, den Bergleuten in Bisbee, den Negern in Arkansas, den vielen anderen nah und fern. Versucht man immer mehr und mehr, den Radikalismus zu unterdrücken — was stets vergebens war — so wird auch die Dynamitgefahr stets näher und näher kommen.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Hamburg, 19. Januar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quien 1100—1250 Mk., II. Qualität 950—1050 Mk., III. Qualität 800—900 Mk. I. Qualität Bullen 1050—1200 Mk., II. Qualität 900—1000 Mk., III. Qualität 750—850 Mk. Vollfleischige und fette Kühe bis 5 Jahr alt 1000—1150 Mk., ältere fette Kühe 850—975 Mk., mäßig genährte 700—800 Mk., gering genährte 450—600 Mk. I. Qualität Weidemastschafe 950 bis 1050 Mk., II. Qualität 700—800 Mk., III. Qualität 500—650 Mk. Zufuhr 2812 Rinder (hierunter 615 Ochsen, 2?9 Quien, 564 Bullen, 904 Kühe) und 1104 Schafe. Der Handel mit Rindern verlief rege für alle Qualitäten, mit Schafen lebhaft. Durch die Landw.-Kammer wurden 185 Rinder und 105 Schafe verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		19. Jan.	18. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6983.—	6918.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1488.50	1478.50
Kristiania	100 Kr.	2982.—	2967.—
Kopenhagen	100 Kr.	3816.15	3786.20
Stockholm	100 Kr.	4735.25	4715.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	354.60	348.65
Rom	100 Lire	829.15	824.15
London	1 £	804.15	799.20
New York	1 Doll.	190.30	189.06
Paris	100 Frs.	1553.40	1540.95
Zürich	100 Frs.	3706.25	3671.30
Madrid	100 Pesetas	2842.15	2822.15
Wien	100 K.	5.88	5.93
Budapest	100 K.	25.57	23.87
Prag	100 K.	321.15	316.65

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
Angekommen am 19. Januar.					
	S.	Herta	Lütgens	Ystad	20
D.		Fehmarn	Schwenn	Burgstaaken	3½
Angekommen am 20. Januar.					
D.		Ralimd	Wesselhoft	Mittelfart	1
D.		Fernan	Möller	Gotheburg	3

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Kaufen Sie jetzt

Wir sind billig!

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

1 Posten starke Arbeitsstiefel 175.—, 245.—
1 Posten starke Schaftstiefel 275.—
1 Posten Sonntagsstiefel, Gr. 36—39, 192.—
1 Posten Damen-Spangenschuhe 145.—
Elegante Herren- und Kinder-Stiefel in allen Größen. (12111

1 Posten starke Herren-Anzüge 275.—, 445.—, 565.—
1 Posten Gummistiefel 575.—, 650.—
Starke schwarze Hosen 158.—
Feldgraue Hosen 175.—, 198.—
Manchesterhosen 245.—

Ehlers & Beetwisch
Holstenstraße 1. 91. Preis 2 u. 4.
Sehr billige Reste u. Abschnitte.
Damenröcke, Mäntel, Röcke 2c.

Gelegenheitskauf.
Nur Freitag und Sonnabend.
1 Posten Knabenstiefel Größe 36—39, Mk. 240 p. Paar.
Damenstiefel Gr. 36—42, Mk. 250 p. Paar.
Königstraße 7. (12112

Tatsachen überzeugen Sie!

Machen Sie einen Versuch, und Sie nehmen die Gewißheit mit, daß ich die höchsten und unüberbietbaren Preise zahle für (12113

Gold-, Silber-, Platin-
Zähne, Gebisse, Uhren, Doublé,
sowie Schmucksachen aller Art.
Bremmann
im Zigarrengeschäft
Beckergrube 24

Solange Vorrat reicht!
Jeden Tag im Marktshallenstand 9 die beliebten
Ochsen- und Hammelbacken.
12091) Westphal und Nehlsen.

Mäntel
375.— 550.— 675.—
Pelerinen
280.— 450.—
Gummimäntel
in großer Auswahl
450.— 525.— 550.—
650.— 1100.—
Oelmäntel — Pelerinen
Manchester-Anzüge
für Herren und Knaben
Gassmann
Spezialhaus
Mühlenstraße 34. (12097

Ankauf roher Felle aller Art Tierhaaren
von
zu höchsten Preisen bei reeller Abnahme.
Versenden von Fellen zum Gerben.
J. L. Würzburg
Fell- u. Haar-Großhandlung (12081
Wahmstr. 22a. Fernspr. 753.

Warum zögern Sie noch?

Sie können auf jede Reparatur und Stepperei warten.
Machen Sie einen Versuch und Sie werden staunen
über die Güte und Preiswürdigkeit der Arbeit,
die mir Ihre ständige Kundschaft sichern.

REFORM

Schuhwaren-Reparatur und Stepperei m. elektr. Betrieb
Inhaber: **Robert Jentzen**
Leder- und Bedarfsartikel-Handlung.
Nur **50 Hüxstraße 50.** 12126a

Geld-preise! **LUISENLUST!** Geld-preise!
Morgen Sonnabend: (12096
Gr. Lumpenball.

Bei **Schuh-Buchholtz**
Schwartauer Allee 4, Gr. Burgstraße 36
finden Sie gute und noch preiswerte
Schuhwaren aller Art.
Beachten Sie meine Fensterpreise. (12037

Billige Möbel!
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Kücheneinrichtungen sowie sämtliche
Einzelmöbel zu äußerst bill. Preisen.
Ein Posten
komplette Betten ganz besonders billig.
Vereinigte Möbelkaufhäuser,
Königstraße 73 (12128) Ecke Hüxstraße.

Ochsenbacken, allerbeste,
fette ungesalzene Ware, Pfd. **8.50.**
Koeppke, Klingenberg 3–4. (12108

Ganz neu eingetroffen!

Der heitere Fridolin!
Halbmonatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer.

Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten.

Preis 100 Pfennig
Buchhandlung
FRIEDR. MEYER & CO.
Lübeck, Johannisstraße 46

Verlangen Sie
„Wurf"
das gute billige
Seifen-Pulver
Ueberall erhältlich!
das Pfund-Paket 5.50 Mk. 12126

Matthias Thelen 12101
Restaurant
„Zur Glocke"
Glockengießerstraße 85.

Margarine ℔ 19.— und 22.—
Weiß. Schmalz ℔ 26.—
Kunsthonig „ 4.90
Weiße Bohnen „ 4.80
Grüne Erbsen „ 4.20
Splitterbsen „ 5.50
Bruchreis „ 5.50
Ganzer Reis „ 6.20
Reismehl „ 6.—
Salzgurken 0.50, 1, 120
Salzheringe Stck. 1.10
Sauerkohl ℔ 2.20
Bohnermasse Ds. 5.-, 9.50
Eduard Speck,
12124) Hüxstraße 80—84.

Reell und billig!
Kostüm-Röcke M. 48.—
Solide Straßenkleid. 185
Starke Pilot-Hosen 95.—
Feldgrau „ 155.—
Herren-Ulster M. 275. 650
Konfirmanden-Anzüge in allen Größen blau 350—575 M. Kaufhaus
Franz Wehrendt,
12119) Hüxstraße 35.

Hellb. Hosenträger
Herrenwäsche
Krawatten 12082
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Regelfähig) z. Fabrikpr.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Spez. Verlobungsringe

333, 585 750 u. 900 gest.
Silberwaren.
Schmucksachen.
Taschen- u. Weckuhren
Willi Westfehling
32 Seilerstraße 32
Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkst. (12080

Frisches Rindfleisch 14 Mk.
Kalbfl. u. Beefsteak 16 Mk.
Eisbein 14 Mk.
Frisches Weißenbeck 14 Mk.
Schweinefleisch 21 Mk.
Felix Peters
Glandorpstr. 45. (12088

Carl Lahtz, Wilhelmst. 16.
Dickrettes Ochsenfleisch
Pfd. 14.— und 12.— M.
Beefsteak, Kollf. ℔ 16 M.
Frisch. Gehacktes „ 13 „
Gulasch „ 13 „
Bst. weiß. Schmalz „ 26 „
(12078) Speisefett „ 24 „

Paul Levi:
Unser Weg.
Wider den Putschismus
4 Mark.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Adlershorst.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 5 Uhr
in den festlich geschmückten Räumen (12120
Gr. Maskenball.
Einzug Sr. Tollheit des Prinzen Karneval VIII nebst Gefolge mit anschließender Thronrede an sein Volk abends 8 Uhr 18 Minuten 13 Sekunden.

Kolosseum
Jeden Mittwoch und Sonnabend Kassenöffn. 6½ Uhr.
Heinrich Ohde.
12081)
Ball
1. Maskenball am Mittwoch, dem 1. Februar.

Achtung! Jeden Sonnabend: Achtung!
Unterhaltung mit Tanzkränzchen in der
Margarethen-Burg,
wozu freundlichst einladet **H. Laudan.** (12079

Zentral-Theater
Fernruf 1359. Johannisstraße 25.
Nur noch bis Montag:
Die Jagd auf Menschen
Buffalos und Bills größtes Abenteuer in 5 Akten.
Karl de Vogt
in der Doppelrolle in „Die Schatzkammer im See"
2. Teil:
Der Klub der Zwölf 5 Akte!!
Nie gesehene Sensationen!
Brieftauben, Flieger, Torpedoboot und Periskop werden als Hilfsmittel benutzt.
„Kameraden"
Lustspiel-Groteske in 3 Akten, nicht nach Strindberg, sondern von Ernst Matray frei erdacht mit dem deutschen Charlie Chaplin.
Unserer künstlerischen Musikbegleitung bitten wir besondere Beachtung zu schenken. (12121
Sonntag ab 2 Uhr:
Gr. Kinder-Vorstellung.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener
(Bezirksgruppe Lübeck). (12086
2. Stiftungs-Fest
am Sonnabend, dem 21. Januar 1922
im „KOLOSSEUM"
unter Mitwirkung von Fräulein **Hilde Möbius.** sowie Herrn **Reinhold Wolff** vom Hansa-Theater.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Gäste willkommen! Ende 2 Uhr.

Waisenhof Jeden Freitag und Sonntag: (12109
Tanz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
Jugend-Abteilung.
(12108

Versammlung
Montag, d. 23. d. Mts., abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Die Jugendleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Betriebs-Versammlung
der Arbeiter der Baubehörde am Sonnabend, 21. Jan., abends 7 Uhr, bei Fr. Lender, Hundestr.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
12101) Der Betriebsrat.

Preis-Skat
Sonntag, d. 22. Januar, nachmittags 4 Uhr.
„Pollerkrug".

Preis-Skat
Sonnabend abend.
Peter Meth,
12107) Krähennest.

Volkshochschule.
Sonnabend, 21. Januar abends 8 Uhr im Lehrerseminar.
Vortrag:
Herr Dr. Burk über Riesentiere in Vergangenheit u. Gegenwart mit Lichtbildern.
Eintritt für Hörer frei; Nichthörer Mk. 1.—.

Hodermann
(12116
Morgen Sonnabend
Großes
Extra-Konzert
mit verstärktem Orchester.
Anfang 4 Uhr
Ende 12 Uhr.

Hansatheater.
Heute Freitag, 7½ Uhr:
„Die lustige Witwe".
Sonnabend u. Sonntag, 7½ Uhr:
Erstaufführungen von
„Die spanische Nachtigall".
Operette in 3 Akten von
12090) Leo Fall.

Stadttheater Lübeck
Sonnabend, 21. Januar. Letzte Vorstellung für den Faustzyklus 1920/21 für Schüler u. jedermann. **Moloch.** 7 Uhr.
Sonntag, 22. Jan., 11 Uhr. Einführender Vortrag mit musikalischen Erläuterungen d. Straußschen Werke: Don Juan, Don Quixote, Till Eulenspiegel, welche i. Volkst. Konz. Montag, d. 23. Jan., zur Aufführung gelangen. Preise: 3.—, 2.—, 1.—, für Abonnenten des Volkst. Konzerts 2.—, 1.— und 50 Pfg.
2 Uhr: 10. Vorst. f. d. Arb.-Bildungsverein **Die Fledermaus.** Karten a. d. Theaterkasse. (12102
7.30 Uhr: **Carmen.**
Montag, 23. Januar: **12. Volkst. Konzert.**

Beilage zu Nr. 17
29. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 20. Januar 1922

Freistaat Lübeck.

Freitag, 20. Januar.

Das Wirtschaftsgebiet an der Untertrave.

Zur Anschlußfrage der Provinz Lübeck.

Wer die Entwickelung der Freien und Hansestadt Lübeck in den letzten Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt hat — ihren wirtschaftlichen Aufschwung hat Georg Münch kürzlich in der „Vossischen Zeitung" geschildert —, der wird sich nicht wundern, daß auch dort auf Grund des bekannten Neugliederungsartikels 18 der Reichsverfassung eine Bewegung im Gange ist, die eine Erweiterung des Lübeckischen Staatsgebietes erstrebt. **Lübecks Ziel ist die Bildung und Erschließung eines großen Wirtschaftsgebietes an der Trave.** Hierzu soll die oldenburgische Provinz Lübeck, das frühere „Fürstentum Lübeck", mit der Hansestadt Lübeck zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden. Die kürzlich von uns angeführte Denkschrift des „Ausschusses für die Vereinigung Lübecks und benachbarter Landesteile" weist nach, daß kein organischer Zusammenhang zwischen der Provinz Lübeck und ihrem fern liegenden Adoptiv-Mutterlande Oldenburg besteht. In Wahrheit ist die Provinz sowohl verwaltungstechnisch wie wirtschaftspolitisch seit jeher von ihren Nachbarländern, von Lübeck wie von Schleswig-Holstein, mehr oder weniger abhängig gewesen und es ist Tatsache, daß **ein ursprünglich enger Zusammenhang nur zwischen Provinz und Stadt Lübeck besteht.** Der Güteraustausch der Provinz erfolgt beinahe ganz mit oder über Lübeck, was sich schon aus der geographischen Lage hinreichend erklärt. Diese geographische Lage überhaupt ist das stärkste Argument für eine Vereinigung der Provinz mit Lübeck. Denn schon haben sich die Ortschaften um Lübeck unmittelbar an Lübeck herangeschoben, so daß manche geradezu als Vorstädte und Vororte Lübecks anzusehen sind. Und all diese Gemeinden machen mit ihrer Einwohnerschaft mehr als den dritten Teil der Provinz aus, und ein großer Teil dieser Bevölkerung ist in Lübeck tätig, findet dort Arbeit und Lohn. Diese enge Verbindung beider Gebiete hat es seit Jahren schon mit sich gebracht, daß die verschiedenen Aemter und Anstalten der Stadt auch den Bewohnern der Provinz zugute kamen.

In erster Linie sind es also Wirtschaftsinteressen, die für einen engen Zusammenschluß der Provinz mit der Hansestadt sprechen, doch würde sich der Nutzen einer Vereinigung zu einem gemeinsamen Staate naturgemäß auch auf kulturellem Gebiete zeigen. Eine solche Vereinigung würde eine wirkliche Zusammenfassung der Kräfte in allen Zweigen der Arbeitsbeschaffung und Wohlfahrtspflege, der Kleinsiedlung und Landeskultur, der Bäder- und Fremdenpolitik, der Erschließung des Landes durch Verkehrswege und Verkehrsunternehmungen aller Art mit sich bringen. Auf geistigem Gebiete würde die Einführung der Stadtschule und die Ausgestaltung des Bildungswesens sich als eine Folgeerscheinung des neuen Staates kennzeichnen. Lübeck würde auf diese Weise auch politischer Zentralpunkt.

Die „Kieler Zeitung" hat sich bereits in zwei Artikeln mit der Lübecker Denkschrift und mit der Anschlußfrage beschäftigt. Sie tritt auch dafür ein, daß die Provinz von Oldenburg getrennt wird, nur soll sie sich nicht Lübeck, sondern Schleswig-Holstein anschließen. Es werden dafür mancherlei Gründe angeführt, die wir aus der Denkschrift des schleswig-holsteinischen Ausschusses bereits kennen. Immerhin gibt das Blatt zu, daß einige Ortschaften der Provinz bereits im Weichbild der Stadt Lübeck liegen und an dieses durch Austausch angegliedert werden könnten. Wenn der Kieler Ausschuß auch eine rege Propaganda entfaltet, im südlichen Teile der Provinz wird er keine Erfolge erringen.

Tagesordnung der Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 23. Januar: I. Mitteilungen des Senates. II. In der Versammlung vom 16. Januar unerledigt gebliebene Senatsanträge: 1. Verlängerung des Ufergeleises am Klughafen. 2. Erweiterung der Siedlungen in Karlshof und an der Gärtnergasse. 3. Erhöhung der Tagegelder für die von der Wasserlösungskommission bestellten Schaumänner. 4. Erneuerung einer Kette für die Priwallfähre. 5. Ueberbrückung der Schwartau. 6. Unterhaltung und Reinigung der Straßen in den Siedlungen. 7. Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Abgabe für das Löschen von Heringen in Travemünde. 8. Ausbesserung bezw. Wiedererrichtung von Spritzenhäusern im eingemeindeten Gebiet. 9. Nachtrag zum Gesetz, betreffend die Hundesteuer. 10. Erhöhung der Gebühren für die Untersuchung von Dampfkesseln. 11. Verbesserung des Betriebes auf der Marlibahn. 12. Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn. 13. Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz. (2. Lesung.) 14. Erhöhung der Zahl der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses zur Durchsicht des Fischereigesetzes. 15. Nachbewilligung von Mitteln für die Frauengewerbeschule. 16. Beitrag für das Auslandsinstitut in Stuttgart. III. Antrag von Dr. Gebhard: Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft eine Vorlage zur Abänderung des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 23. Mai 1920 entgegenzubringen, durch die in gleicher Weise, wie im Reichstagswahlgesetz, das Wahlgeheimnis gesichert wird. IV Antrag von Heilborn: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr bis zum 10. Januar den Entwurf zu einem Amnestiegesetze vorzulegen. Unter das Amnestiegesetz sollen fallen: 1. alle politischen Delikte, soweit sie von Angehörigen oder Anhängern von Arbeiterparteien begangen worden sind; 2. kriminelle Delikte leichterer Art, soweit sie durch die wirtschaftliche Not verursacht worden sind. V. Weiterer Antrag des Senates: 17. Feuersicherheit des Rathauses. VI. Vom Bürgerausschuß der Bürgerschaft zur Annahme empfohlener Antrag Passarge: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr ein Gesetz entgegenzubringen, welches die Einführung von Schülerräten bei den Pflichtfortbildungsschulen beiderlei Geschlechts vorsieht. VII. Vom Bürgerausschuß der Bürgerschaft in der nachstehenden abgeänderten Fassung zur Annahme empfohlener Antrag Nickel: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, allen politischen Parteien auf deren Anforderung die Aulen der höheren Schulen zur Verfügung zu stellen. VIII. Vom Bürgerausschuß der Bürgerschaft in der nachstehenden abgeänderten Fassung zur Annahme empfohlener Antrag Dr. Leber: Die Bürgerschaft möge beschließen: 1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Häuser sowie alle sonstigen monarchistischen Bilder, Abzeichen, Flaggen, Inschriften usw. sind bis 1. März 1922 zu entfernen. (Insbesondere kommen hier alle staatlichen und vom Staate unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw. in Frage.) 2. Der Senat hat bis spätestens 1. März der Bürgerschaft Vorschläge zu machen für die Einführung von Lehrbüchern, die geeignet sind, die Jugend im republikanischen Geiste zu erziehen. (Für Volks- und höhere Schulen.) 3. Der Senat erwägt sofort Maßregeln, um die an den höheren Schulen überhand nehmende nationalistische und antisemitische Verhetzung rücksichtslos zu unterdrücken. Er teilt seine dahin gehenden Beschlüsse der Bürgerschaft mit, die sich Stellungnahme vorbehält.

Zum Senatspräsidenten beim Hanseatischen Oberlandesgericht ist von den Senaten der drei freien und Hansestädte zum 1. Februar d. J. Landgerichtsdirektor Rud. Ritter und zu Räten an dem genannten Gericht vom Hamburger Senat die Professoren der Hamburger Universität Perels, Laun, sowie der Richter beim Landgericht in Hamburg, Engels, ernannt.

Die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung in der Angestelltenversicherung. Nach dem Gesetz vom 13. Dezember 1921 können sich die Angestellten, die durch die Erhöhung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze auf 30 000 Mk. versicherungspflichtig geworden sind, von der eigenen Beitragsleistung befreien lassen, wenn für sie bis einschließlich 10. Juni 1921 der Abschluß eines Lebensversicherungsvertrages beantragt worden ist und der Jahresbetrag der Beiträge für diese Versicherung einschließlich der Beiträge für etwaige Nachversicherungen am Tage des Befreiungsantrages mindestens dem Beitragsanteil gleichkommt, den sie seit dem 1. August 1921 zur Angestelltenversicherung zu zahlen hätten. Die Nachversicherungen müssen bis zum 31. Dezember 1921 beantragt worden sein. Die Befreiung ist bis zum 31. Januar 1922 bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung des Beschäftigungsortes nachzusuchen; vorzulegen ist der Versicherungsschein und die letzte Versicherungskarte aus etwaiger früherer Beschäftigung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die Bearbeitung der Befreiungsanträge den Ausgabestellen übertragen. Etwaige Anträge sind daher nur dorthin zu richten. Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung, die auf Grund der bisherigen Gesetze ausgesprochen worden sind, fallen fort, wenn die Höhe der Beiträge zur Lebensversicherung einschließlich der Beiträge für etwa bis 31. Dezember 1921 beantragte Nachversicherungen nicht mindestens dem Beitragsanteil gleichkommt, den der Versicherte seit dem 1. August 1921 zur Angestelltenversicherung zu zahlen hätte. Ueber die hiernach etwa erforderlich werdenden Anträge entscheidet gleichfalls die Ausgabestelle.

Von der Schiffahrt. Der Dampfer „Vesta" brennend geborgen. Nach einer Mitteilung aus Hoek van Holland ist der Flensburger Dampfer „Vesta" im Tau dreier Dampfer oberhalb Maaßluis auf Grund gesetzt worden. Das Schiff brannte vorne und hinten. Beide Masten hängen über Bord. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß mehrere der an Bord verladenen Benzolfässer durch das Schlingern des Schiffes in dem herrschenden schweren Wetter leckgesprungen sind und die auslaufende Flüssigkeit aus noch nicht aufgeklärter Ursach Feuer gefangen hat. Als das von der Besatzung mit allen Mitteln bekämpfte Feuer die anderen Benzolfässer erreichte, erfolgte eine Explosion, die große Verwüstungen anrichtete. Das brennende Benzol, das sich bei dem Rollen des Schiffes über das Deck ergoß, zwang die Besatzung schließlich, in die Boote zu gehen. In dem noch vermißten Boot des ersten Offiziers befanden sich außer diesem seine Frau, der erste Ingenieur, der Steward, drei Matrosen und drei Heizer. Wie aus London gemeldet wird, starben noch zwei Mann von der von dem Dampfer geretteten Besatzung in Lowestoft, darunter der Kapitän des Schiffes, Jesoersen. Der Tod ist auf Vergiftung durch Gase zurückzuführen, die sich bei der Explosion bildeten.

Anmeldung weiterer Forderungen im Ausgleichsverfahren. Durch Abkommen zwischen dem Britischen Reich und Frankreich, zwischen dem Britischen Reich und Belgien sowie zwischen Frankreich und Griechenland ist auf Grund des Artikels 296 f des Vertrages von Versailles vereinbart worden, daß durch Vermittlung der Ausgleichsämter auch die aus der Vorkriegszeit herrührenden vor dem Kriege oder während des Krieges fällig gewordenen Forderungen und Schulden von in Deutschland ansässigen Deutschen gegenüber den folgenden Personen geregelt werden sollen: 1. gegen in Großbritannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, Aegyptens und Australiens, ansässige Franzosen; 2. gegen in Großbritannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union Aegyptens, Australiens und Neufundlands, ansässige Belgier; 3. gegen in Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringens sowie in den französischen Kolonien und Protektoraten ansässige britische und griechische Staatsangehörige; 4. gegen in Belgien und im Kongo ansässige britische Staatsangehörige; 5. gegen in Griechenland ansässige Franzosen. In dem Abkommen ist zwischen den alliierten Staaten vereinbart worden, daß die Frist für die Anmeldung der deutschen und gegnerischen Forderungen teils im März, teils im April 1922 enden solle. Die deutsche Regierung ist bei den beteiligten alliierten Regierungen vorstellig geworden, um eine angemessene Verlängerung der Anmeldefrist für die von den Abkommen betroffenen beiderseitigen Gläubiger zu vereinbaren. Die in Betracht kommenden deutschen Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen, um unter allen Umständen ihre Rechte zu wahren, schon jetzt bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts auf den üblichen, dort erhältlichen Vordrucken schleunigst anzumelden.

Im Eisenbahnexpreßgutverkehr wird am 1. Februar der bisherige Kilometertarif durch einen Staffeltarif ersetzt, der durch einen 6prozentigen Zuschlag zum jeweiligen Eilgutstarif gebildet wird. Die Mindestfracht beträgt 12 Mk. Das Mindestgewicht

---

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

7. Fortsetzung.

Sie hatte vor zwei Jahren ihre eigene Kurie bekommen; das geschah, wenn die Stiftsdamen fünfundzwanzig Jahre zählten; so lange mußte sie als Residenzfräulein bei einer ältern Chanoinesse wohnen: also war sie mindestens siebenundzwanzig Jahre alt. Aber Menschen mit umfassendem Geiste, wie der Katharinens war, sind jung und alt zu gleicher Zeit; sie haben alle inneren Schätze und Gefühle des Kindes, seine lebhaften Empfindungen und seine Lust an allen kräftig gefärbten Erscheinungen sich gerettet und zugleich durch Intuition alle Erfahrungen des Alters vorweggenommen. Sie umfassen auf einem Standpunkte das ganze Leben. Das ist das Geheimnis des Genies.

Uebrigens hatte Katharina von Plassenstein mehrere Gesichter; am auffallendsten war das, wenn sie auf dem Klavier phantasierte: es war nicht das schönste, denn sah man auch in ihren emporgeschlagenen Augen dann eine innere, Zeit und Erde überflügelnde Erhebung, so war doch damit der Ausdruck eines Stolzes verbunden, der sie unschön machte. Sie fühlte sich alsdann zu sehr als Kaiserin über ein Gebiet von Tönen und Gefühlen, über eine ganze, ihr gehörende Welt; dies nahm ihren Zügen an gewinnendem Reiz, was es ihnen an imponierender Hoheit zurückgab. Sie sah dabei aus wie eine Prätendenten-Majestät. Schöner war ihr Gesicht beim Nachsinnen, wobei leicht ihre Wimper naß wurde. Sie bekam dann etwas Veledaartiges, das die ernste Ordenstracht nur noch mehr hervorhob; auch dann, wenn sie erzählte, was meist höchst seltsame Geschichten waren, die man besser bei Tage, als an dunklen stürmischen Abenden hört. Sie hatte noch ein Gesicht, das hatte Bernhard aber erst einigemale gesehen; einst, als er Abschied von ihr nahm, um eine Reise zu machen. Da sah sie so freundlich — sie sah aus wie eine trauernde Lachtaube.

Sie hatte kaum eine Weile mit ihrem Gaste sich unterhalten, als der Schäfer an der Bronzeuhr flötete; gleich darauf schlug die Glocke der Abteikirche vier Schläge an und das Vesperglöckchen läutete. Ein Kammermädchen trat ein und küßte ihrer Herrin die Schürze. Dann stellte sie sich mit dem Brevier derselben an die Tür, um ihr zum Chore zu folgen. Bernhard begleitete sie dahin, durch einen etwas feuchten und modrig duftenden Kreuzgang, der das enge, immer im Schatten begrabene Quadrum neben der Abteikirche mit seinen gotischen Arkaden umschloß. Am Ende desselben führte eine hohe Steintreppe durch eine kleine Spitzbogentür auf das Chor, das wie eine Emporkirche die hintere Hälfte des Münsters einnahm und eine Art zweiten Stockwerks darin bildete, vorn nach dem Altar hin mit einem niedern Geländer geschlossen, aus dessen Mitte ein großes steinernes Kruzifix hervorragte. Die andern Fräulein saßen zumeist schon in ihren geschnitzten Chorstühlen; keine verriet, daß sie dem Begleiter Katharinens irgend Aufmerksamkeit schenke. An der linken Seite des Chors, etwas in die Kirche hinausragend, war der Erker, in dem die Frau Aebtissin steckte, von den Fräulein ungesehen, aber mit scheuen Blicken bewacht; ihm gegenüber an der rechten Wand der Kirche hing das lebensgroße Bild des Schutzheiligen, recht gut in Oel gemalt; einige der älteren Damen schienen eine besondere Andacht zu ihm zu tragen, wie sich aus ihren tiefen Verbeugungen, als sie daran vorübergingen, und ihren Blicken, die zuweilen darauf hafteten, schließen ließ. Sankt Cyriakus war aber auch ein schöner Patron, blühend und hoch gewachsen; er saß in goldner Rüstung auf einem bäumenden und schnaubenden Apfelschimmel, der staunenswert gut im Futter gehalten war.

Als die Vesper geendet, waren Katharina und Bernhard fast die letzten, die das Chor verließen. Sie gingen eine Zeitlang in dem schmalen und düstern Kreuzgang auf und ab. Bernhard besah die vielen Epitaphien, die an Wänden eingemauert waren, die meisten in dem schlechten Jesuitenstil des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts kaum mehr leserlich und auf denen der Donator noch im Ringelpanzer und der Halsberge kniete, einen Helm von der Form des elften Jahrhunderts neben sich; ihm gegenüber sein wohlverhülltes steinernes Ehegemahl und hinter ihr eine ganze Reihe kleiner Burgfräulein wie Orgelpfeifen nach ihrer Größe geordnet; Katharina wußte von den meisten irgendeine seltsame Geschichte. „Das hier ist ein Miles von Schwalenberg", sagte sie; „Sie sehen ihn allein, ohne Gespons. Er hatte in seiner frühesten Jugend einer Verwandten Treue gelobt, die einer verarmten Familie abgenommen und von seinen Eltern aufgezogen war; er hatte ihr hundertmal geschworen, sie allein solle alle seine Güter haben, und werde dann reich genug sein, wenn sie ihm einwarf, sie sei zu arm, um an eine Verbindung mit ihm denken zu dürfen; die schwalenbergischen Besitzungen waren ausgedehnt und das Geschlecht gehörte zu den angesehensten jener Zeit. Aber eines Morgens war Agnes verschwunden; seine Eltern hatten sie in diese Abtei geschickt, die damals noch ein Nonnenkloster war und eine strenge Klausur hatte; und nun half kein Beten, Agnes mußte den Weihel nehmen. Der junge Edelknecht sollte eine andere Jungfrau aufsuchen, mit der er den Namen fortsetze, aber ein Ritter des zwölften Jahrhunderts wußte sein Wort zu halten; er wollte nicht und es war nichts mit ihm anzufangen. Er wartete den Tod seiner Eltern ab und dann war das erste, was er tat, daß er alle seine Güter ohne Ausnahme diesem Kloster schenkte, mit der Bedingung, daß bei der nächsten Wahl Agnes zur Aebtissin geloren werde, worauf der Konvent natürlich gern einging. So hatte Agnes doch seine Güter bekommen. Er selbst behielt sich nur eine Jahrrente und seine väterliche Burg vor, auf der er die Bücher der damals berühmtesten Dichter abschrieb. Eines davon besitze ich, das Sie nächstens sehen sollen; seine Handschrift ist nicht besonders; aber die Bilder werden Sie freuen. Er war der letzte Schwalenberg; darum ist das Wappen umgekehrt. — Sehen Sie, dieser hier ist mein Held", fuhr sie fort, indem sie auf einen Ritter deutete, der ganz aufrecht an der Wand stand, dunkelbraun bemalt und auf zwei gelbe Hündchen seine Eisenstiefel stellend, „das ist Bernhard von Horstmar, auch der letzte dieses Dynastengeschlechts; er war ein Hauptanführer im zweiten Kreuzzuge und der westfälische Coeur de Lion; was mir ihn so lieb macht, ist, daß er neben seiner Tapferkeit so klug und brav war, und gewiß nicht seinen Vater tatgeärgert hätte, wie der englische. — Aber nun kommen Sie, Sie haben ja alle diese Geschichten schon einmal gehört."

„Aber Sie wissen, ich bin wie ein Kind, das am liebsten die Geschichte wieder hört, die es schon kennt."

„Gut, Sie sollen alles noch einmal hören, aber nur draußen in der frischen Luft; es ist abscheulich feucht und dunstig hier." Sie gingen durch einen von Rebenlaub umzogenen offenen Spitzbogen in einen großen Gemüsegarten hinaus, der durch einen Baumhof am Ende eine fast unabsehbare Verlängerung erhielt.

„An jenem Brunnen, dort unter den drei Mispelbäumen," erzählte Katharina weiter, „spukt es in einigen Nächten des Jahres; vorzüglich zwischen Weihnachten und Dreikönigsfest will abends keiner der Leute mehr hinaus, um frisches Wasser zu holen. Man sagt, eine weiße Nonne komme dann dort aus der Kurie des Dechanten her, gehe quer durch die beiden nächsten Blumengärten trotz Geländer und Hecken, dann über den Hof, durch das Tor, bis an diesen Brunnen, wo sie einen Eimer Wasser nach dem andern schöpfe und nur zuweilen einhalte, um die Hände zu ringen. Einmal im Winter hat ein Knecht behauptet, eine ganze Flut Wasser habe, zu einem Eishügel gefroren, morgens neben dem Brunnen gelegen, der, das könne er beschwören, am Abende vorher nicht dagewesen sei."

„Was mag sie denn daraus schöpfen wollen?"

„Die Sage behauptet allerlei Widersprechendes; ich weiß es nicht," sagte Katharine.

Sie gingen an einer Hecke entlang. An der andern Seite kam ihnen das lesende Fräulein von vorhin entgegen, das vor Bernhard entflohen war. Sie erwiderte seinen Gruß mit großer Nachlässigkeit, schritt aber jetzt mit erhöhter Anmut und Würde drüben auf und ab. Auf Katharinens Gesicht zeigte sich ein Anflug von lächelndem Spott, sie wußte, daß jenseits an der Hecke kein Pfad herlief, sondern daß das majestätische Fräulein mühsam mit den Füßen durch ein weiches Feld voll Kraut und Rüben sich arbeiten mußte. Katharina lenkte bald darauf in einen andern Pfad ein, bis sie eine Rasenbank erreicht hatten, die in dem Baumhofe angelegt war und sich an den mächtigen Stamm einer prachtvollen Buche lehnte, die über die birnen- und äpfeltragenden Nachbarn weit hinausragte. Diese Höhe und der majestätische Umfang des Wipfels hatte sie wahrscheinlich vor dem Untergange gerettet, als man den Baumhof anlegte. Katharina setzte sich und fuhr in ihren Erzählungen fort. Bernhard stand vor ihr und bemerkte, wie sie einigemal verstohlen nach einer Stelle des Baumstammes blickte. Er brachte sein Auge näher an die Rinde und fand mit einem Bleistift darauf geschrieben:

Wenn du anhero kommst, o göttliche Celinde,
Und in dem Schatten ruhst von dieser breiten Linde,
Bedenke, daß dein Hirt so manche Sternennacht
Mit kläglichem Gestöhn an diesem Stamm verbracht.

Darunter war ein von zwei Pfeilen durchschossenes Herz gezeichnet. Bernhard fühlte einen Anflug von Aerger über die Verse, weil er an Katharinens Miene zu sehen glaubte, daß sie auf diese selbst von irgendeinem vornehmen und zierlichen Anbeter gemünzt seien; auf ihrem Gesichte zeigte sich übrigens wieder derselbe Ausdruck lächelnden Spottes, den eben das kraut durchwandernde Fräulein hervorgerufen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

für Frachtberechnung 10 Kilogramm. Die Mindestentfernung 10 Kilometer. Die Beträge werden auf die volle Mark aufgerundet. Auch die Fracht für beschleunigtes Eilgut wird ab 1. Februar nicht mehr durch Verdoppelung des Gewichtes, sondern nach dem einfachen abgerundeten Gewicht für gewöhnliches Eilgut unter Zuschlag von 60 Prozent berechnet. Die Mindestfracht ist 20 Mk. Mindestgewicht 20 Kilogramm. Damit sind die Tarife für Expreßgut und beschleunigtes Eilgut mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit der Beförderung gleichgestellt, ausgenommen die geringen Unterschiede im Mindestgewicht.

ph. **Fahrraddiebstahl.** Ein in Kiel festgenommener Dieb gestand, hier Mitte vorigen Monats drei Fahrraddiebstähle auf dem Markt bezw. der Holstenstraße ausgeführt und die gestohlenen Räder an hiesige Fahrradhändler verkauft zu haben. Auf Grund des gemachten Geständnisses wurden die Geschäfte der in Betracht kommenden Händler überholt und ein Fahrrad, welches offenbar von diesen Diebstählen herrührt, beschlagnahmt und im Bureau der Kriminalpolizei sichergestellt, wo es der rechtmäßige Eigentümer in Empfang nehmen kann. — Gestern wurde in der Breiten Straße ein Fahrrad gestohlen.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Verein Arbeiterjugend. Am Sonntag, dem 22. Januar 5 Uhr abends, findet im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Der Ortsvorstand tritt um 5 Uhr zu einer Besprechung zusammen.

Stadttheater. Am Sonnabend gelangt als letzte Vorstellung für den Faustzyklus 1920/21 Moloch zur Aufführung. Vorher einführender Vortrag von Herrn Kapellmeister Mannstaedt. Wir möchten besonders auch auf den am Sonntag vormittag stattfindenden Vortrag Kapellmeister Mannstaedts hinweisen, der zu den Straußschen Werken: Don Juan, Don Quixote, Till Eulenspiegel einführende Worte mit musikalischen Erläuterungen sprechen wird. Die Preise sind so niedrig gehalten, daß nur die Unkosten dadurch gedeckt werden.

Hansa-Theater. Heute Freitag: „Die lustige Witwe". Sonnabend sowie Sonntag 7½ Uhr: Erstaufführung der Operette von Leo Fall „Die spanische Nachtigall". Die Operette enthält verschiedene Schlager wie Affentrott, getanzt von Friedel Schöngalla und Milli Raven, ferner die Duette „Nachtigall, dir lauscht man überall" und „Ziderimzimzim — der Mensch ist nur nach außen schlimm".

Volkshochschule. Riesentiere in Vergangenheit und Gegenwart. Infolge eingetretener Hindernisse wird am Sonnabend, dem 21. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Lehrerseminars, Langer Lohberg 24, Herr Dr. Burk statt des angekündigten Vortrags über Körperbildung oben stehendes Thema behandeln.

„Börsenfieber" im Gewerkschaftshaus. Am 29. Januar 8 Uhr abends, findet eine einmalige Aufführung von „Börsenfieber" durch Mitglieder des Lübecker Städtebund-Theaters statt. Dieser entzückende Schwank der bekannten Lustspieldichter M. Reimann und O. Schwartz ist das Repertoirstück zahlreicher Großstadtbühnen und dürfte auch hier mit größtem Beifall aufgenommen werden. Der Reinertrag der Vorstellung ist für die darbietenden Mitglieder bestimmt. Karten zu 8.— Mk. und 5 Mk. (exkl. Steuer) sind im Gewerkschaftshaus, in den Gewerkschaftsbureaus und abends an der Kasse zu haben.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Aus dem Voranschlag der Staatskasse. Der dem Landesausschuß zugegangene Voranschlag rechnet mit einer Million Mark Schulden, denen aber ein großes Vermögen an Staatsgut gegenüber steht. Allein das Vermögen der Staatsgutskapitalienkasse wiegt diese Schulden vollkommen auf. Das Rechnungsergebnis für 1920 ist in den Einnahmen um 4 Millionen Mark günstiger, als veranschlagt, während die Ausgaben 3 400 000 Mark den Voranschlag überstiegen. Den größten Anteil an dem günstigeren Ergebnis haben die Erträge der Staatsforsten, sowie das Mehr an Einkommensteuer. Nach dem Voranschlage betragen die ordentlichen Einnahmen 15 046 000 Mark, die Ausgaben 14 156 000 Mk., die außerordentlichen Einnahmen 706 000 Mk., Ausgaben 1 622 000 Mk. Der Rohertrag der Forsten ist wieder mit 2,5 Millionen Mark eingestellt, deren etwa die halben Ausgaben gegenüberstehen. Die Pachterträge für Staatsgrundstücke sowie für Jagd- und Fischereinutzung sind von 150 000 Mark auf 600 000 Mk. heraufgesetzt. Die Haupteinnahmen erbringen die Steuern. Allein der Anteil an der Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer ist mit 6 500 000 Mark eingestellt. Die Grundsteuer ist auf 1 212 000 Mark veranschlagt. Es ist die Erhebung des 24fachen der bisherigen Steuer in Aussicht genommen. An Gebäudesteuern sind 510 000 Mark eingestellt. Hier ist das 8fache der vollen Steuer in Aussicht genommen. Gesamteinnahme an Steuern 10 943 000 Mk. Die hauptsächlichsten außerordentlichen Einnahmen sind: Kassenüberschuß 655 000 Mark, Restanleihe zur Bestreitung der Grunderwerbskosten für den Bau der Eisenbahn Schwartau-Neustadt 50 000 Mark, zur Förderung des Wohnungsbaues 1 750 000 Mk. Diese Anleihe ist für 1921 vom Landtage für den Fall bewilligt, daß das gleichzeitig zur Hebung des Wohnungsbaues beschlossene Gesetz die entsprechende Einnahme erbringen sollte. Das Gesetz ist bisherig nicht erlassen; der Landesausschuß hat dem Gesetzentwurf aber gutachtlich zugestimmt und ist der Erlaß desselben für 1922 bestimmt zu erwarten. Von den Ausgaben sind veranschlagt: 1. allgemeiner Landesaufwand 2 234 000 Mk., darunter Beitrag zur Zentralkasse 931 000 Mk., Ruhegehalte 355 000 Mk., Witwengelder 590 000 Mk., Portokosten 200 000 Mk. 2. Kosten der Verwaltung 2 699 000 Mk., darunter Gehalte der Regierung 700 000 Mk., Geschäftskosten 489 600 Mk., Gendarmerie 574 000 Mark, Gesundheitswesen 114 000 Mk., Zuschuß zur Winterschule 39 000 Mk., zur Förderung des Gewerbes und Handels 30 000 Mk., Wegebauwesen 64 000 Mk., für Feuerlöscheinrichtungen 20 000 Mk. 3. Verwaltung der Justiz und Militärangelegenheiten 2 247 000 Mark, darunter Beitrag zu den Kosten des Landgerichts 220 500 Mark, Gehalte 306 000 Mk., Geschäftsunkosten 740 300 Mk., Strafvollstreckungskosten 276 000 Mk., Kosten der Zwangserziehung 70 000 Mk., (es sind zurzeit 49 Zöglinge vorhanden). 4. geistliche Angelegenheiten und Schulen 5 538 000 Mk., darunter für das Realgymnasium in Eutin 1 293 650 Mk., Zuschuß für das Lyzeum in Eutin 120 030 Mk., Beihilfen an Schulgemeinden zu den Lehrerbesoldungen 3 500 000 Mk., Ruhegehalte 462 000 Mk., 5. Verwaltung des Staatsgutes und der Finanzen 1 983 030 Mk., darunter Hebungs- und Kassenwesen 169 000 Mk., Verzinsung der Landesschuld 57 800 Mk., besonderer Aufwand für die Forsten: Gehalte 412 000 Mk., Forstbetriebskosten für 1. November 1921/22 840 000 Mark, Kataster- und Vermessungswesen 250 000 Mk., Landesbauwesen 140 000 Mk. Als außerordentliche Ausgaben sind eingestellt: 50 000 Mk. Schuldenabtrag auf die Anleihe zum Bau des Fischereihafens in Niendorf, zur weiteren Erhöhung des Betriebsfonds der Landeskasse 150 000 Mk., der damit 600 000 Mark betragen wird, zur Förderung des Wohnungsbaues 1 750 000 Mark, Erwerbslosenfürsorge 370 000 Mk., einschließlich 120 000 Mk. freiwillige Beiträge zur produktiven Arbeitsfürsorge, zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen für den Wohnungsbau 100 000 Mk., Beihilfen an Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues 100 000 Mk., Grunderwerbskosten für den Bahnbau Schwartau-Neustadt 50 000 Mk., Kultivierung des Benzer Moores 630 000 Mk., Beitrag des Staates zu den Kosten von Meliorationsarbeiten 170 000 Mk.

Segeberg. Kreiskonferenz der Landarbeiter. (Kommunistische Heldentaten.) Am Sonntag tagte in Segeberg eine Konferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes für den Kreis Segeberg. Kreisleiter Ramm gab den Vorstands- und Wrage den Kassenbericht. Die Wahlen ergaben in der Hauptsache die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Gauleiter Leers-Kiel referierte über die Beitragsfrage. Mit regem Interesse folgten die Versammelten seinen Schilderungen über den Auf- und Ausbau der Organisation. Der wöchentliche Beitrag wurde für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren auf 1,50 Mk., für alle übrigen Mitglieder auf 3 Mk. festgesetzt. Des weiteren wurde beschlossen, daß ab 2. Quartal vom Ortskassenbestand 50 Prozent an die Kreiskasse abzuführen sind. Unter Punkt „Verschiedenes" sollte dann noch eine allgemeine Besprechung über die Traufrage stattfinden. Am gleichen Tage hielten die Kommunisten in Segeberg ein Bezirksfest ab. Schon im Laufe des Nachmittags umkreisten kleine Trupps mit ihren Sowjetfahnen das Versammlungslokal. Da plötzlich öffnete sich die Tür des Konferenzlokals und hereingestürzt kam ein Trupp Kommunisten! Den Antrag stellen, dem Kommunisten Frank-Lübeck das Wort zu einem Vortrage über die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu geben, war das Werk eines Augenblicks. Eine wilde Geschäftsordnungsdebatte setzte ein. Der Vorsitzende Rehder betonte mit aller Ruhe, daß Franck gar kein Kreisangehöriger, auch nicht Mitglied des Verbandes sei und somit kein Recht habe, hier ein Referat zu halten. Die Kommunisten protestierten heftig und verlangten für Franck das Wort mit der Behauptung, Franck ist Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes und soll hier sprechen. Rufe wie: „Ihr habt wohl Angst, daß Euch ein gefährlicher Bursche auf die Bude rückt!" und „Feiglinge!" wurden laut. Gauleiter Leers ermahnte dringend zur Ruhe und erklärte, daß Franck, der als Schiffszimmermann auf den Flenderwerken in Lübeck beschäftigt sei, gar kein Recht habe, Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes zu sein. Auch sei es nicht angängig, daß Leute irgendwoher das Wort zu einem politischen Vortrag erhalten könnten, ganz abgesehen davon, daß Franck und seine Gesinnungsgenossen die Landarbeiterkonferenz doch nur zu einem kommunistischen Tummelplatz machen wollte. Dem Vorsitzenden Rehder gelang es leider nicht, der durch die Kommunisten hervorgerufenen Erregung zu steuern und so mußte die Konferenz unter großem Tumult geschlossen werden. Die wichtige Tariffrage blieb infolge des unverantwortlichen Verhaltens der Moskaujünger unerledigt. Die Vorgänge zeigen erneut, wie die „praktische Arbeit" der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften aussieht.

Lauenburg (Elbe). Geplünderte Gewerkschaftskasse. Bei dem Kassierer des hiesigen Gewerkschaftskartells wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei dem rund 1100 Mark, die dem Kartell gehörten, erbeutet wurden.

Hamburg. Die Hausagrarier auf dem Kriegspfade. Wie überall, so gehen auch die Hamburger Hausbesitzer scharf gegen die Mietezwangswirtschaft vor. Sie haben nunmehr die Anstellung eines „hervorragenden Fachmannes", eines früheren Lehrers beschlossen, der die dem Grundbesitz drohenden Gefahren bekämpfen und abwenden soll. Man will aber nicht nur den Kampf gegen die Zwangswirtschaft führen, sondern auch gegen die Sozialdemokratie. Das geht deutlich aus der Rede eines tonangebenden Hausbesitzers in der letzten Grundeigentümerversammlung hervor. Er verstieg sich zu der bewußt unwahren Behauptung, daß Hamburg ganz unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehe. Die Zeit ist gekommen, daß das Bürgertum gegen diesen Wall anlaufe. Das sozialdemokratische Programm sei ein wunderbares Werk höchster Intelligenz, das nur den einen Nachteil habe, daß es wie ein Kartenhaus zusammenbricht, wenn man es in die Praxis umsetzt. Es ist nunmehr unsere Pflicht, einen Mann zu gewinnen, der mit ganzer Kraft unsere Ideen vertritt, der seine ganze Zeit uns zur Verfügung stellt und die Erreichung unserer Ziele zu seiner Lebensaufgabe macht. — Das „Hamb. Echo" bemerkt dazu: Wir möchten eindringlich warnen, den Bogen nicht zu überspannen! Die Lösung der Wohnungsbewirtschaftung kann nur auf sozialer Grundlage geschehen, die die Interessen der Allgemeinheit wahrt. Die Zustände, die es ermöglichen, daß eine dünne Schicht Bevorrechtigter aus der Haut der Mieter Riemen schneidet, dürfen nicht wiederkehren.

Altona. Allein auf weiter Flur. Nach der „Hamburger Volkszeitung" haben die Stadtverordneten der kommunistischen Fraktion Bummeister, Kruse und Jerchau aus „beruflichen Gründen" ihr Mandat als Stadtverordnete niedergelegt. Jetzt wird nur Herr Finnern als Fraktionsführer die VKPD. im Altonaer Rathaus personifizieren. Da die Kandidatenliste der Kommunisten schon bei dem letzten Mandatsverzicht verbraucht war, wird es Finnern nicht mehr möglich sein, auch nur einen Gesinnungsgenossen zur Seite zu haben. Für die praktische Kommunalarbeit ist durch die Mandatsverzichte nichts verlorengegangen: die ausgeschiedenen sah man selten in den Kollegien-Sitzungen und nie bei den Kommissionsberatungen.

Kiel. Betriebseinschränkung auf der Straßenbahn. Die Kieler Straßenbahngesellschaft fordert vom Magistrat die Genehmigung zu einer Betriebseinschränkung, weil die Tariferhöhung nicht ausreicht, um die Lohnerhöhungen wettzumachen. Eine Linie wird zum Teil ganz eingestellt, auf andern der 10-Minuten-Verkehr in einen 15, auf einer Linie in einen 30-Minuten-Verkehr umgewandelt. Der Magistrat kann die Zweifel nicht unterdrücken, ob eine solche Maßnahme die gewünschten Wirkungen zur Folge haben wird, und ist der Ansicht, daß eine auf die Steigerung des Verkehrs hinzielende Betriebsführung eher zur Gesundung des Unternehmens führen würde. Von der geplanten Betriebseinschränkung soll bei besonderen Veranstaltungen und im Bedarfsfalle abgesehen werden.

Lüneburg. Welches Einkommen hat ein Landwirt? Mit dieser eigenartigen Gewissensfrage hatte sich die Strafkammer in Lüneburg zu beschäftigen. Angeklagt war der Hofbesitzer Hermann Schulze aus Lütenthien, Kr. Lüchow, wegen Steuerhinterziehung. Er hatte nur ein steuerpflichtiges Einkommen von sage und schreibe 13 656 Mk. im Jahre 1920 angegeben. Nach Feststellungen und Berechnungen des Finanzamtes in Lüchow mußte das Einkommen aber mindestens 40 000 Mk. betragen. Es konnte auch noch 20—30 000 Mk. höher sein, jedoch ließen sich über diese fraglichen Summen keine genauen Feststellungen machen. Der Angeklagte hatte seine Steuererklärung mit dem Geschäftsführer des Kreiswirtschaftsverbandes in Lüchow durchgesprochen und hatte nach Abzug sämtlicher Unkosten und Werbungskosten, die abgezogen werden können, eine Summe von etwa 13—14 000 Mark als steuerpflichtiges Jahreseinkommen errechnet. Dem Finanzamt war die Sache aber doch verdächtig vorgekommen, da Schulze beträchtliche Schenkungen an seine Kinder gemacht, auch zwei Töchter ausgesteuert und außerdem einen großen Posten Rüben an die Uelzener Zuckerfabrik verkauft hatte. Der Erlös aus

Das Testament.

Erzählung von Guy de Maupassant.

Ich kannte ihn persönlich, den langaufgeschossenen Burschen, der Gene de Bourneval hieß. Er war im Umgang recht liebenswürdig. Obwohl stets ein wenig traurig, schien mit allem fertig zu sein, war äußerst skeptisch, und war von einem beißenden logischen Skeptizismus und sehr geschickt und wie mir schien, geübt darin, die gesellschaftliche Heuchelei mit einem Worte bloßzustellen. Er wiederholte oft: „Es gibt keine anständigen Menschen, oder wenigstens nur relativ, im Vergleich zu den abgefeimten Schurken, anständige."

Er hatte zwei Brüder, die er jedoch nie sah, und die de Courcils hießen. Ich mußte annehmen, daß sie aus einem anderen Bette stammten, da sie verschiedene Namen trugen. Auch hatte man mir verschiedentlich gesagt, daß sich in der Familie eine sonderbare Geschichte zugetragen. Näheres über dieselbe hatte ich jedoch nie erfahren.

Der junge Mann gefiel mir jedoch, und wir waren bald Freunde. Als ich einmal eines Abends allein bei ihm speiste hatte, fragte ich zufällig: „Stammen Sie aus der ersten oder der zweiten Ehe Ihrer Frau Mutter?" Mit Verwunderung bemerkte ich, wie er erst bleich, dann rot wurde und sich einige Sekunden lang offenbar sehr verlegen fühlte. Dann lächelte er mit dem ihm eigenen traurigen und sanften Ausdruck und antwortete mir: „Lieber Freund, wenn es Sie nicht langweilt, will ich Ihnen die eigentümlichen Umstände, die meine Abstammung betreffen, erzählen. Ich kenne Ihre Klugheit und Ihren Takt und brauche nicht zu fürchten, daß dieselben unserer Freundschaft schaden werden und wenn Sie es täten, könnte mir nichts daran gelegen sein, noch länger Ihr Freund zu bleiben:

Meine Mutter, Madame de Courcil, war ein liebes kleines schüchternes Wesen und den ihrem Gatten ihres Vermögens wegen geheiratet worden. Ihr ganzes Leben war ein Martyrium. Eine furchtsame liebevolle und zarte Seele, fühlte sie sich von dem Manne, der mein Vater hätte sein sollen und zu der Klasse jener brutalen Gesellen gehörte, die man im allgemeinen Landedelleute nennt, ohne Unterlaß gequält und verletzt. Als sie kaum einen Monat verheiratet waren, lebte er schon mit einer Dienerin. Die Frauen und Töchter seiner Pächter waren gleichermaßen seine Maitressen, was ihn jedoch nicht hinderte, von seiner Frau zwei Söhne zu haben. Man zählte mich mit und sprach stets von dreien. Meine Mutter sagte nichts. Sie lebte in dem großen lärmenden Hause wie die ängstlichen kleinen Mäuschen, die sich unter die Möbel verstecken. In eine Ecke gedrückt, verschüchtert, zitternd, blickte sie alle Menschen mit ihren immer beweglichen, unruhigen, ängstlichen Augen an — Augen, aus denen ein Ausdruck von Furcht nie gewichen ist.

Doch war sie hübsch, sehr hübsch sogar, meine liebe Mutter mit dem graublonden, ich möchte sagen, furchtsam blonden Haar. Denn es kam mir oft vor, als habe ihre unaufhörliche Angst es so eigenartig gefärbt.

Unter den Freunden des Monsieur de Courcil, die sein Schloß beständig besuchten, befand sich auch ein ehemaliger Kavallerieoffizier. Er war Witwer, ziemlich gefürchtet, doch zärtlich und heftig zugleich und des energischsten Entschlusses wohl fähig. Es war M. de Bourneval, dessen Namen ich trage. Er war groß und mager und hatte einen schwarzen Schnurrbart. Man sagt, ich sehe ihm sehr ähnlich. Dieser Mann hatte viel gelesen und andere Anschauungen wie seine Standesgenossen. Seine Urgroßmutter war eine Freundin J. J. Rousseaus gewesen, und vielleicht war etwas von dem Geiste, der dieses Band geschlungen, auf ihn übergegangen. Er kannte „Le Contrat social"; „La nouvelle Heloïse", und eine ganze Reihe der philosophischen Bücher auswendig, die von lang her den endgültigen Umsturz unserer alten Sitten, Vorurteile und veralteten Gesetze, kurz, unserer ganzen verdummenden Moral mit vorbereiten halfen.

Er liebte meine Mutter, wie ich glaube, und wurde wiedergeliebt. Ihre Beziehungen blieben so geheim, daß niemand sie auch nur ahnte. Die arme vereinsamte und traurige Frau muß sich ihm mit ganz verzweifelter Zuneigung hingegeben haben. Sie lernte im Umgang mit ihm erst denken, hörte die Theorien von der Freiheit der Persönlichkeit, von dem Recht auf Liebe.

Da sie jedoch zu furchtsam war, um jemals laut zu werden, so drängte sie dies alles gewaltsam in ihr Herz zurück, das sich niemandem zu öffnen wagte.

Meine beiden Brüder waren rauh gegen sie wie ihr Vater. Nie hörte sie ein liebes Wort von ihnen, die sich schon gewöhnt hatten, sie in dem großen Hause zu übersehen oder gar wie eine Dienerin zu behandeln.

Ich war der einzige ihrer Söhne, der sie wirklich liebte und der von ihr geliebt wurde.

Sie starb. Ich war damals achtzehn Jahre alt. Damit Sie das folgende besser verstehen, muß ich einschalten, daß meine Mutter und Monsieur de Courcil in Gütertrennung lebten. Dank der Kunstgriffe des Gesetzes und der treuen Ergebenheit ihres intelligenten Rechtsanwalts war meiner Mutter das volle testamentarische Verfügungsrecht über ihr Eigentum geblieben.

Man benachrichtigte uns also, daß bei diesem Notar ein Testament liege, und lud uns ein, der Eröffnung beizuwohnen.

Ich erinnere mich an all das, als sei es gestern geschehen. Es war eine grandiose dramatische, burleske, überraschende Szene, die die peinliche Empörung der Toten heraufbeschworen: ihr Schrei nach Freiheit, die Auflehnung einer Märtyrerin, die von unseren Sitten ihr Leben lang erdrückt worden, und die jetzt aus dem Grabe, aus ihrem geschlossenen Sarge, verzweifelt nach Selbstbestimmung rief.

Der Mann, der sich für meinen Vater hielt, ein plumpe, vierschrötige Gestalt, die für einen Schlächter gepaßt hätte, und meine Brüder, zwei starke Burschen von zwanzig und zweiundzwanzig Jahren, warteten ruhig auf ihren Sitzen. M. de Bourneval, der auch geladen worden war, trat herein und stellte sich hinter mich. Er war im festzugeknöpften Ueberrock erschienen, sehr bleich, und nagte zuweilen an seinem ein wenig grau gewordenen Schnurrbart. Ohne Zweifel war er auf das, was nun kommen sollte, gefaßt.

Der Notar verschloß die Tür, und begann das Testament vorzulesen, nachdem er die Umhüllung, die mit rotem Siegellack versiegelt und deren Inhalt ihm bekannt war, geöffnet hatte.

Mein Freund schwieg plötzlich, sprang auf und entnahm seinem Schreibtisch ein altes Papier, faltete es auseinander, küßte es innig und fuhr fort: „Hier ist das Testament meiner vielgeliebten Mutter."

„Ich Endesunterfertigte Anna-Catharina Genoveva Mathilde de Crouizluce, Ehefrau des Jean Leopold Joseph Gontran de Courcil, körperlich und geistig gesund, gebe hiermit meinen letzten Willen kund.

Zuerst bitte ich Gott den Herrn und meinen lieben Sohn Rene um Verzeihung für das, was ich jetzt zu tun bereit bin. Ich weiß, daß mein Kind großherzig genug ist, um mir zu vergeben und mich zu verstehen. Ich habe mein ganzes Leben lang gelitten. Mein Gatte hat mich aus Berechnung geheiratet, mich dann verkannt, verachtet, bedrückt und unaufhörlich betrogen.

Ich verzeihe ihm, doch bin ich ihm nichts schuldig.

Meine älteren Söhne haben mich nicht wie ihre Mutter behandelt, geehrt und geliebt.

Ich bin ihnen Zeit meines Lebens das gewesen, was ich ihnen sein mußte; nach meinem Tode schulde ich ihnen nichts mehr. Die Bande des Blutes existieren nicht ohne eine beständige geheiligte Zuneigung, die sich Tag für Tag äußert. Ein undankbarer Sohn ist weniger wie ein Fremdling; er ist ein Verbrecher, denn er hat nicht das Recht, seiner Mutter gegenüber gleichgültig zu sein.

Ich habe immer vor den Menschen, ihren unbilligen Gesetzen, ihren unmenschlichen Sitten, ihren schmählichen Vorurteilen gezittert. Vor Gott zittere ich nicht. Nun da ich tot bin, lege ich die schmachvolle Heuchelei, zu der man mich gezwungen, ab. Ich enthülle meine Gedanken und gebe das Geheimnis meines Herzens preis.

Ich übertrage also mein ganzes Vermögen, über welches mir gesetzlich das Verfügungsrecht zusteht, meinem von Herzen geliebten Pierre Germer Simon de Bourneval, von dem aus es auf unsern lieben Sohn Rene übergehen soll.

(Dieser mein letzter Wille ist genauer in einem notariellen Akte ausgeführt.)

ben Rüben war deshalb nicht voll angesetzt, weil der größte Teil der Ernte von 1920 erst nach der Kampagne im Frühjahr 1921 gezahlt wurde. Immerhin aber mußte sich noch eine ziemliche Summe als steuerpflichtiges Einkommen ergeben. Aus gesetzlichen Gründen konnte das Gericht noch keine Entscheidung fällen, es mußte die Verhandlungen daher vertagen, bis das Finanzamt dem Angeklagten einen Steuerbescheid zugesandt hat. Der Verteidiger des Angeklagten machte dies auch geltend, hielt auch seine Angaben für durchaus richtig und erwähnte auch etwas von Freisprechung. Mem möchte nicht der Wunsch auftauchen, in heutiger Zeit auch Hofbesitzer zu sein, wenn er auch nur 14 000 Mk. Jahreseinkommen versteuert!

Oldenburg. Zur Förderung des Wohnungsbaues stellte die Regierung in den diesjährigen Voranschlag 20 Millionen Mark ein und als Zuschuß zur Herstellung eines Großschiffahrtsweges von Oldenburg nach Camne 10 Millionen Mark. In den Begründungen heißt es, daß die für 1921 bewilligten Mittel restlos verbraucht sind. Trotz dieser hohen Aufwendungen besteht die Wohnungsnot in unverminderter Schärfe fort. Die weiter steigenden Baukosten machen die Bewilligung von Baudarlehen auch für 1922 zu einer zwingenden Notwendigkeit, und deshalb sind erheblich höhere Mittel erforderlich. Die eingestellte Summe soll zum größten Teil (14 300 000 Mk.) durch die Wohnungssteuer gedeckt und im übrigen (5 700 000 Mk.) auf Anleihe genommen werden.

Oldenburg. Zur Bekämpfung der weiblichen Bedienung in Wirtschaften hat das Staatsministerium scharfe Bestimmungen erlassen. Zuwiderhandlungen werden mit sechs Monaten Gefängnis und mit 30 000 Mark Geldstrafe geahndet.

Bremen. Zur Lohnbewegung in der Bremer Metallindustrie. Die Bremer Metallarbeiter forderten eine Lohnerhöhung von 1.50 Mk. die Stunde. Da bei den Verhandlungen mit den Unternehmern keine Einigung erzielt werden konnte, wurde ein Schiedsspruch gefällt. Dieser sieht eine Lohnerhöhung von 1 Mk. die Stunde vor. Über die Annahme des Schiedsspruches wird eine Urabstimmung in den Betrieben vorgenommen. — Gelbe Gewerkschaften. In aller Stille wird in Bremen die Gründung eines gelben Verbandes der Beamten und Angestellten vorbereitet. Der Statutenentwurf der geplanten Vereinigung sieht etwa folgendes vor: 1. Kampf gegen die gewerkschaftliche Organisation. 2. Pflege des nationalen Gedankens. 3. Festigung der Staatsautorität. Werden da die Reaktionäre und Nationalisten schmunzeln.

Reform des Ehescheidungsrechtes

Von Anna Blos, Stuttgart.

Als ich vor einiger Zeit über die Stellung der Frau im Bürgerlichen Gesetzbuch geschrieben hatte, erhielt ich von vielen Seiten Zuschriften, durch die ich erschreckenderweise Einblick erhielt in zerrissene Ehen. Fast alle Frauen waren bescheiden genug, zu betonen, daß ihnen die bisher schon eingeräumten Rechte genügen würden, wenn sie nur eine Möglichkeit hätten, diese Rechte in die Praxis zu übertragen. Sehr häufig kehrt die Klage wieder, daß laut Gesetz vom 1. Januar 1900 der Frau kein Anrecht auf Errungenschaft zusteht, selbst wenn diese nachweisbar durch gemeinsame Arbeit erworben wurde. Natürlich wird dieser Erlaß in einem Eheleben, das harmonisch verläuft, keine Entrechtung bedeuten. Er wird zur Härte, wenn, wie so häufig Entfremdung eintritt. Will die Frau dann den Mann verlassen, so kann sie wohl auf lebenslänglichen Unterhalt klagen. Im günstigsten Fall erhält sie wohl auch eine Entschädigung. Mit Recht empfindet aber eine anständige Frau es als unwürdig, in lebenslänglicher Abhängigkeit von dem Mann zu leben, der keinen Wert mehr für sie hat. Die gerechten Ansprüche, die die Frau an das von ihr miterworbene Vermögen zu stellen hat, können nur durch gesetzlichen Zwang und auch nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgreich durchgeführt werden. Aehnlich verhält es sich mit den gesetzlichen Ansprüchen, die die Frau in bezug auf Wohnung, Wirtschaftsgeld, Kleidung usw. innerhalb der Ehe zu stellen hat. Kann sie diese nur durch gesetzlichen Zwang durchsetzen, so ist die Ehe eigentlich längst zerstört.

Mit Recht werden daher von seiten vieler Frauen Reformen der Ehescheidungsgesetze gefordert. Wo man ihnen Widerstand entgegenstellt, geht man in der Hauptsache davon aus, daß man eine Zunahme der Ehescheidungen befürchtet. Man will nicht begreifen, daß es unmoralischer ist, wenn zwei Menschen aneinander gekettet sind, die sich gegenseitig gleichgültig, wenn nicht gar verhaßt geworden sind. Nicht nur sittliche Verschuldung, auch innere Gründe müssen maßgebend sein für eine Ehescheidung. Die Ehescheidung soll erleichtert werden auch bei leichteren Formen des Verschuldens, oder vielleicht soll vom Verschulden überhaupt keine Rede sein, sondern die Scheidung soll erfolgen bei übereinstimmendem Wunsch beider Ehegatten oder auf einseitigen Wunsch eines der Ehegatten. Ein Verschulden ist es doch auch nicht, wenn zwei Menschen, die sich in jungen Jahren geheiratet haben, zu einer Zeit, wo beide noch entwicklungsfähig waren, in der Ehe eine Entwicklung nehmen, die sie nicht zueinander, sondern auseinanderführt. Das wird z. B. leicht der Fall sein, wenn es sich um sehr starke Persönlichkeiten handelt. Es kann sein, daß der eine Ehegatte eine durchaus beharrende Persönlichkeit ist, der andere sich rasch fortentwickelt. Das kann bei dauerndem engen Zusammenleben dauernden Konfliktsstoff geben. Ein Verschulden liegt nicht vor, denn weder bei der Verharrung noch bei der Fortentwicklung liegt böser Wille vor. Beides ist Naturnotwendigkeit. Je stärker die Persönlichkeiten sind, um so tiefer werden sie darunter leiden, daß sie an einen Menschen gekettet sein sollen, der im Lauf der Jahre etwas ganz anderes geworden ist, als er bei der Eheschließung war und zwar ohne sein Zutun. Diesen Fall habe ich gerade in der neuen Zeit, wo so viele Begriffe gestürzt worden sind, sehr häufig gefunden. Der eine Teil stellt sich mit Begeisterung auf die neue Zeit ein, die Hemmungen in ihm gelöst hat, unter denen er früher, vielleicht unbewußt litt. Der andere Teil wieder kann sich der neuen Zeit durchaus nicht anpassen. Für beide wird die Ehe so zum unerträglichen Zwang.

Von den Gegnern der Ehescheidung werden diese durchaus ethischen Gründe des Wunsches der Trennung so gut wie garnicht gewürdigt. Sie behaupten, daß in 70 von 100 Fällen erst das Erscheinen des „Dritten" die „Zerrüttung" der Ehe und den Wunsch nach Trennung herbeiführen. Mir scheint, daß diese Behauptung kaum nachweisbar ist. Ist aber eine Ehe wirklich durch einen „Dritten" zerrüttet, so kann von ihrer Heiligkeit wohl kaum noch die Rede sein und niemand wird behaupten können, daß ihre Fortführung als ethisch begründet gelten kann. Die Gegner der erleichterten Ehescheidung meinen, daß ein skrupelloses Hinübertaumeln von einer Ehe in die andere die Folge sein wird. Das skrupellose Hinübertaumeln zu anderen Männern und Frauen innerhalb der Ehe, das doch im Grunde viel unsittlicher ist, weil eine gesetzliche Einrichtung als Deckmantel dafür genommen wird, ist aber gestattet, so lange das „Dekorum" gewahrt wird. „Jede auflodernde Leidenschaft zu einem Dritten oder jede Entfremdung zwischen den Ehegatten kann dann als Anlaß zur Trennung gelten." Sie kann als Anlaß gelten, wenn schon vorher eine völlige innere Entfremdung eingetreten ist. Sie muß aber nicht als Anlaß gelten, wenn gegenseitges Verständnis für einander da ist, warmherziges Bemühen, trotz Entfremdung den Weg wieder zueinander zu finden. Das ist es wohl, was das Zeitalter des Humanismus so sehr von dem unseren unterscheidet. Das Geltenlassen anderer Ansichten, die Achtung vor der Persönlichkeit, vor dem Eigenleben des andern. Man denke z. B. an den Lebensweg einer Caroline Schlegel-Schelling, einer Caroline v. Humboldt. Beide so stark ausgeprägte weibliche Persönlichkeiten, Frauen, die in ihrem Streben auch irrten, die aber so tiefes Verständnis fanden bei großen Menschen ihrer Zeit, die ihr Irren begriffen, weil ihr Streben ihnen als Höchstes galt. Die Achtung vor der inneren Freiheit, das Geltenlassen des Rechtes der Persönlichkeit in der Ehe würde ein besserer Schutz sein vor der Zunahme der Ehescheidungen als gesetzliche Zwangsmaßregeln.

Der Bund deutscher Frauenvereine, der Anträge eingereicht hat zur Erleichterung der Ehescheidung sieht eine schnelle Trennung vor bei Trunksucht, Geisteskrankheit oder völlig zerfallener Vermögensverhältnisse. Falls die Ehescheidung wegen Zerrüttung bei der Reform angenommen wird, so macht er den Vorschlag: „Führt man eine Scheidungsmöglichkeit auch ohne Verschulden ein, so kommt in Betracht, ob nicht eine gewisse Trennungszeit vorgesehen werden soll, um die Ernsthaftigkeit des Trennungswillens zu prüfen, und übereilten Ehescheidungen vorzubeugen. Hierfür kommt in Frage zu verlangen, daß die Ehegatten mindestens zwei bis drei Jahre getrennt verlebt haben und ob vielleicht außerdem noch der Nachweis gebracht werden muß, daß ein oder zwei gerichtliche Sühneversuche erfolglos geblieben sind . . . ." Gegen diese Forderung wird nichts einzuwenden sein, nur muß darauf hingewiesen werden, daß sie nur da leicht durchzuführen ist, wo die Frau finanziell unabhängig ist. Viele Frauen haben ihren Beruf aufgegeben, mußten ihn aufgeben, wenn sie heirateten, z. B. Beamtinnen, Lehrerinnen usw. Es ist heute schwerer als je für eine Frau, berufstätig zu sein. Ihr Vermögen steckt vielleicht in der Ausstattung, oder im Geschäft des Mannes. So wird bei einer Reform der Ehescheidung gerade die Lösung der finanziellen Seite der Frage eine wichtige Rolle spelen müssen.

Daß Ehen zerrüttet sein können, ohne Verschulden eines der beiden Gatten, darüber sollte man sich bei der Schaffung von Ehescheidungsreformen klar sein. Wann werden wir begreifen, daß so vieles im Leben nicht Schuld, sondern Naturentwicklung ist! Weit wichtiger als das Bemühen, durch Zwang Unerreichbares herbeizuführen, alte Worte und Anschauungen durch Gewalt aufrecht zu erhalten, wird das Streben sein müssen, die Persönlichkeit zu stärken. Sie muß begreifen, daß sie die Verantwortung für ihre Taten zu tragen hat, daß äußere Verhältnisse erst in zweiter Linie kommen, und daß sie überwunden werden können, je stärker die Persönlichkeit ist. Je stärker ausgeprägt aber eine Persönlichkeit ist, um so größer muß ihre Achtung sein vor anders gearteten Persönlichkeiten, und in Zukunft wird auf dieser Achtung, weit mehr als auf Leidenschaft, die Erneuerung unserer traditionellen Ehebegriffe beruhen. Sie ist wichtiger als alle gesetzlichen Ehereformen.

Und vor dem ewigen Richter, der mich erwartet, erkläre ich, daß ich den Himmel und mein Leben verflucht haben würde, hätte ich nicht die tiefe, zärtliche und unerschütterliche Zuneigung meines Geliebten gefunden, hätte ich nicht bei ihm gelernt, daß der Schöpfer die Menschen geschaffen, auf daß sie sich lieben, sich gegenseitig in den Stunden der Trübsal aufrecht erhalten, trösten und miteinander weinen.

M. de Courcil ist der Vater meiner beiden älteren Söhne, nur Rene dankt Monsieur de Bourneval das Leben. Ich bitte den Herrn der Menschen und ihrer Schicksale, Vater und Sohn über die gesellschaftlichen Vorurteile der Menschen zu erheben, damit sie einander bis zu ihrem Tode lieben und auch mir im Grabe noch etwas von dieser Liebe schenken.

Das ist mein letzter Gedanke und mein letzter Wunsch.

Mathilde de Croixluce."

M. de Courcil war aufgesprungen und schrie: „Das ist das Testament einer Wahnsinnigen." Doch M. de Bourneval trat schnell vor und sagte mit starker, durchdringender Stimme: „Ich, Simon de Bourneval, erkläre hiermit, daß das Schriftstück nur die reine Wahrheit enthält, und ich bin bereit, dies durch Briefe, die in meinem Besitze sind, zu beweisen."

M. de Courcil trat hierauf auf ihn zu, und ich fürchtete schon, daß es zu einem Zusammenstoß kommen werde. Sie standen sich einen Augenblick lang zitternd gegenüber, beides große, kräftige Gestalten. Stotternd stieß der Gatte meiner Mutter die Worte hervor: „Sie sind ein Schurke." M. de Bourneval engegnete laut und hart: „Wir werden uns an einem anderen Orte treffen, Monsieur. Ich hätte Sie schon längst einmal geohrfeigt, wenn mir nicht vor allen Dingen daran gelegen hätte, der Armen, die Sie unaufhörlich mißhandelten, dergleichen Aufregungen zu ersparen."

Dann wandte er sich zu mir: „Sie sind mein Sohn. Wollen Sie mir folgen? Ich habe nicht das Recht, Sie mit mir zu nehmen, doch maße ich es mir an, wenn Sie mich begleiten wollen."

Ich drückte ihm ohne zu antworten, die Hand, und wir schritten zusammen hinaus. Ich war halb wahnsinnig.

Zwei Tage später tötete M. de Bourneval M. de Courcil im Duell. Meine Brüder fürchteten einen Skandal und schwiegen. Ich habe ihnen die Hälfte des Vermögens meiner Mutter gelassen und sie nahmen es an.

Ich legte meinen alten Namen ab, und nannte mich nach meinem wirklichen Vater.

M. de Bourneval ist seit fünf Jahren tot, und ich habe den Schmerz um ihn noch immer nicht überwunden."

Er erhob sich, machte ein paar Schritte, stellte sich vor mich hin und sagte: „Ich behaupte, daß das Testament meiner Mutter zu den schönsten, gerechtesten und größten Dingen gehört, die eine Frau tun kann. Ist das nicht auch Ihre Ansicht?"

Ich drückte ihm beide Hände: „Gewiß, mein Freund! Gewiß!"

Aus der Partei.

Landesparteitag in Hessen. Die sozialdemokratische Partei Hessens hielt am Sonntag einen außerordentlichen Parteitag ab, auf dem 130 Orte mit 221 Delegierten vertreten waren. Eingehend befaßte sich die Tagung mit der Reform der Verwaltung der Kommunen, des Kreises und der Provinz. Die vorliegenden Anträge nebst den Richtlinien des Referenten wurden einer Elferkommission übermiesen, die gemeinsam mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des gesetzgeberischen Ausschusses des Landtages die Bearbeitung des Materials übernehmen soll. Nach ausführlichem Referat über Finanz- und Steuerfragen wurde die Entschließung angenommen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersucht wird, auf die **Beseitigung des Finanzelends der Gemeinden** hinzuwirken, weiter wurde in einer Entschließung die Reichstagsfraktion ersucht, bei der Beratung der Steuergesetze im Reichstage unbedingt an den zehn Forderungen des ADGB. festzuhalten, im besonderen an der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. In einer Entschließung wurde die hessische Landtagsfraktion aufgefordert, dahin zu wirken, daß der **Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer von 15 auf 30 Prozent erhöht werde.**

Gewerkschaften.

Elfter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 19. Juni 1922 in Leipzig,
Saalbau des Zoologischen Gartens.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate).
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Betriebsräte und Gewerkschaften.
4. Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung
5. Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte.
6. Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland.
7. Aenderung der Bundessatzungen.
8. Wahl des Bundesvorstandes.
9. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am 19. Juni 1922, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschl. Sonnabend, den 24. Juni, tagen.

Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

§ 32.

Alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmfähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als zwei Vierteljahrsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 14) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem Kongreß oder das Stimmrecht auf demselben verweigert werden.

§ 33

Auf je 10 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschießende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 10 000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jeder angeschlossenen Gewerkschaft oder ihren Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß also bis zum 22. April 1922, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 76 BRG. Kann der Schlichtungsausschuß Sprechstunden innerhalb der Arbeitszeit festlegen? Hierüber herrscht in weitesten Kreisen Unklarheit. Die Mehrzahl der Schlichtungsausschüsse vertritt die Ansicht, daß die vorgeschriebene Vereinbarung zwischen Betriebsvertretung und Arbeitgeber durch den Schlichtungsausschuß nicht ersetzt werden kann. Der Schlichtungsausschuß könne zwar Einigungsvorschläge machen, deren Annahme oder Nichtannahme jedoch Sache der Parteien sei. Gegen diese Rechtsauffassung können auch von Arbeitnehmerseite grundsätzliche Einwände nicht erhoben werden. Der Schlichtungsausschuß ist kein „Kampfboden", eine Erweiterung der Rechte aus dem BRG. kann nur der Erfolg der Bestrebungen der Arbeitnehmerorganisationen sein, und es wäre eine auf die Dauer gefährliche und unrichtige Auffassung, wenn man annehmen würde, daß den Arbeitnehmern eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch den Schlichtungsausschuß gewissermaßen „als gebratene Taube in den Mund fliegt". Wollte man dem Schlichtungsausschuß das Recht geben, in bindender Form über das BRG. hinauszugehen, würde die logische Folge sein, daß auch ein Schiedsspruch, welcher nach Auffassung der Arbeitnehmer weniger Rechte vorsieht als das BRG., bindende Kraft hätte. Es kann sich hier also immer nur um Einigungsvorschläge handeln. Der Schlichtungsausschuß Barmen hat zu dieser Streitfrage ebenfalls Stellung genommen. Wir lassen den Schiedsspruch, da derselbe von allgemeinem Interesse ist, und nach unserer Auffassung die Rechtslage objektiv schildert, nachstehend folgen:

„Bei Streitigkeiten darüber, ob die Sprechstunden innerhalb der Arbeitszeit liegen sollen, ist der Schlichtungsausschuß zuständig. Dies ist der Fall des § 76 Satz 2 BRG. Die Sprechstunde kann erst dann innerhalb der Arbeitszeit gelegt werden, wenn eine Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung vorliegt. Die Betriebsvertretung hat die Aufgabe, eine solche Vereinbarung durch Verhandlungen zu erzielen, und wenn dies nicht möglich ist, den Schlichtungsausschuß anzurufen. (§ 66 Ziffer 3 BRG.) Die Anrufung des Schlichtungsausschusses ist erst zulässig, wenn mit dem Arbeitgeber nach rechtzeitiger Einladung unter Mitteilung der Tagesordnung die strittige Angelegenheit verhandelt worden oder wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter trotz rechtzeitiger Einladung nicht erschienen ist. (§ 29 Abs. 3 BRG.) Wird der Schlichtungsausschuß angerufen, so fällt er einen Schiedsspruch und nicht eine Entscheidung, wie im § 87 BRG. Denn es handelt sich hier (bei § 76 BRG.) um eine Gesamtstreitigkeit, nicht wie bei § 87 BRG. um eine Einzelstreitigkeit. Deshalb ist auch der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses nicht endgültig, wie es bei der Entscheidung des § 87 BRG. der Fall ist. Aber, da es sich um eine Streitigkeit über Arbeitsbedingungen handelt, so kann dieser Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden. § 28 der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920. Ist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt, so gilt dadurch die Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, die nach § 76 BRG. erforderlich ist, als abgeschlossen. § 25 Abs. 4 der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920."

*

Forderungen der Berliner Schauspieler. Der Bezirksverband Berlin der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen hat dem Verbande Berliner Bühnenleiter neue Gehaltsforderungen und Forderungen allgemeiner Natur überreicht. Die Schauspieler fordern als Mindestgage vom 1. Januar d. J. ab 3000 Mk., eine Teurungszulage von 70 Prozent auf alle Gagen von 2001 bis 5000 Mk. und auf alle höheren Gagen eine Teurungszulage von 3500 Mk. Außerdem fordern sie eine Kinderzulage von 250 Mk. und für alle Bühnenmitglieder, die eine Monatsgage von 4500 Mk. beziehen, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 2000 Mk. — Zur Beratung dieser Forderungen fand eine Verhandlung statt. Da nach fast dreistündiger Beratung keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, die paritätische Schlichtungsstelle anzurufen, die bereits an einem der nächsten Tage zusammentreten wird.

Die Leipziger Straßenbahner sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

In der Krefelder Seidenindustrie ist eine Lohnbewegung im Gange. Die Weberverbände verlangen eine 50 proz. Erhöhung der Teuerungszulage. Die Arbeitgeber sind nur zu einer Verlängerung der bisherigen Zulage bereit. Falls nicht vor dem Ablauf der derzeitigen Tarifverträge am 20. Januar Verhandlungen beginnen, sind ernste Folgen zu befürchten.

Aus aller Welt.

Geständnis des Grafen v. Schlieffen. Die Verhandlungen gegen die Gräfin Elsa v. Schlieffen und ihre beiden Söhne wegen Mordversuchs, worüber wir bereits berichteten, nahmen eine sensationelle Wendung. Bei der Vernehmung der Angeklagten legte nun der älteste Sohn, der im 24. Lebensjahre steht, ein volles Geständnis ab. Er bestreitet zwar, dem alten Grafen, dem Majoratsherrn, nach dem Leben getrachtet zu haben. Sein Trachten ging vielmehr dahin, den Sohn, also seinen Vetter, zu beseitigen, damit er der Erbe werde. Er wollte gar nicht sofort Besitzer werden. Der Mitangeklagte und Haupthelfershelfer Rößel bekam von ihm verschiedene Male Geld zur Ausführung der Tat, und zwar einmal 2000, ein anderes Mal 4000 Mark; später sogar einmal 20 000 Mk.

Handgranatenexplosion im Personenzug. Ein durch unerklärlichen Leichtsinn herbeigeführtes Explosionsunglück wird aus Elberfeld gemeldet. Während des Haltens eines Personenzuges auf Bahnhof Unterbarmen explodierte dort in einem 4.-Klasse-Wagen ein Sprengkörper unbekannter Herkunft. Wie sich später herausstellte, handelte es sich um eine Stielhandgranate, die ein Reisender, der Fliesenleger Wassermann, in Segeltuch gehüllt in das Gepäcknetz gelegt hatte. Infolge der Erschütterungen des Zuges explodierte die Granate. Sechs Personen wurden schwer verletzt, so daß sie in das Krankenhaus überführt werden mußten.

Alkoholfreies Abendmahl. Folgende Geschichte wird aus Südafrika in einem englischen Blatte erzählt. Ein Mann besuchte einen Freund, der Geistlicher in einer Kafferngemeinde im Innern des Landes war. Er nahm am Gottesdienst teil und erfreute sich an der eifrigen Art, mit der die Kaffern die Kirchenlieder sangen. Zum Schluß aber sagte er: „Das einzige, was mir aufgefallen ist, ist der merkwürdige Geschmack des Weins beim Abendmahl. Ihr müßt ihn wohl in Ziegenfellen aufbewahren wie die alten Griechen, denn er schmeckte so ähnlich.“ „Es war überhaupt kein Wein,“ erklärte ihm daraufhin der Geistliche, „sondern Ziegenmilch.“ Und auf den verwunderten Blick des Freundes fuhr er fort: „Als ich ihnen zuerst das Abendmahl mit Wein gab, da nahm mir ein Nigger den Kelch aus der Hand und trank ihn ganz aus. Das nächste Mal hielt ich ihn fest, aber da biß einer mich in den Daumen, sodaß ich den Kelch loslassen mußte. Seitdem verwende ich Ziegenmilch, und da trinken sie nur wenig.“

Heftiges Erdbeben. Das Taunus-Observatorium verzeichnete Mittwoch zwischen 5 Uhr 20 und 5 Uhr 30 ein heftiges Erdbeben, dessen Herd in 8000 Kilometer Entfernung liegen dürfte.

Theater und Musik.

Ballett-Musik.

Die Ankündigung, daß Karl Mannstaedt im 13. volkstümlichen Konzert des Lübeckischen Sinfonie- und Stadttheaterorchesters am Dirigentenpult stehen und einen Ueberblick über die Ballettmusik der beiden letzten Jahrhunderte geben werde, hatte genügt, daß der geräumige Saal des Gewerkschaftshauses nebst seinen Galerien das in letzter Zeit etwas selten gewordene Bild bot, bis auf den letzten Platz besetzt zu sein. Die Vortragsfolge verriet die kundige Hand des Musikers, der sich in der Musikliteratur gründlich auskennt. Mannstaedt eröffnete das Konzert mit der dreiteiligen Ballett-Suite Jean Philippe Rameaus, der einst der Kammerkomponist Ludwigs XV. von Frankreich gewesen ist. Von seinen mehr als 30 Opern lebt heute nur noch wenig. Immerhin spricht es für das Schaffen Rameaus, daß es Camille Saint-Saëns noch 1895 wagen konnte, eine Gesamtausgabe seiner Werke zu veranstalten, weil er in Rameau einen Musiker vorfand, der in seiner Art grundlegend für den französischen Stil war. Das heitere Sonnenkind Mozart kam mit seiner Ballettmusik aus der „kleinen Nichtigkeiten“ zu Wort. Liebenswürdig und zierlich, wie das Rokoko, dessen Musiker Mozart gewesen ist, sind auch diese anmutigen kleinen Sächelchen. „Papa Haydn“, der erste klassische Meister des modernen Sinfoniestils, hatte sein ungarisches Rondo beigesteuert. Die Ballettmusik aus Gounods „Faust“ ist zwar hinreichend bekannt, da die Oper des Franzosen eines der beliebtesten Bühnenwerke in Deutschland ist, aber man hört die gefällige Musik immer wieder gern. Daß uns Rubinsteins Ballettmusik aus „Feramors“ noch immer entzückt, hat sich Mittwoch von neuem erwiesen. Von Rubinstein, dem Polen, bis zu Rimski-Korsakow, dem Nationalrussen, ist nur ein kleiner Schritt. Seine sinfonische Dichtung „Scheherazade“ ist ein außerordentlich farbenprächtiges Orchestergemälde mit echtem orientalischen Hintergrunde. Für Tschaikowsky zeigt Mannstaedt neuerdings eine starke Vorliebe. Nur selten läßt er ein Konzert vorübergehen, ohne nicht auf ihn irgendwie zurückzugreifen. Dieses Mal spielte er aus der dritten Suite die Polonäse mit ihren rhythmischen Pikanterien. Es gelang Mannstaedt und den Musikern, die sich seiner Führung willig unterordneten, aus den einzelnen Orchesterwerken herauszuholen, was irgendwie möglich war. Es fehlte denn auch nicht an starkem Beifall. -o-

•

Paul Bender, der Münchner Meistersänger, veranstaltete am Donnerstag im Kolosseum einen den zahlreichen Zuhörern unvergeßlichen Liederabend. Seltene Schönheit eines großen, wundervollen, sicher beherrschten Organs verbindet sich bei dem Künstler mit einer außerordentlichen Vortragskunst und Ausdruckskraft, die er versteht, Empfindungen und Stimmungen in Tönen wiederzugeben, welche Herz und Sinn in Bann schlagen. Schubert, R. Schumann, H. Wolf, K. Loewe und Brahms steuerten je vier Gaben zu dem gut gewählten Programm bei. Des letzteren vier ernste Gesänge, Schuberts „Der Wanderer“, Loewes „Odins Meeresritt“, Wolfs „Rattenfänger“, Schumanns „Auf das Trinkglas eines verstorbenen Freundes“, um nur einige zu nennen, waren von bedeutendster Wirkung. Der Wunsch, Bender hier einmal auf seinem ureigensten Gebiet, der Bühne, kennen zu lernen, wird sicher bei vielen von denen rege geworden sein, die dem ausgezeichneten Liedersänger, der aufs beste von Musikdirektor Frotzler am Flügel begleitet wurde, begeisterten Beifall spendeten. ×

Neue Bücher.

Louis Satow: Hypnotismus und Suggestion. Kulturpsychologische Betrachtungen. Oldenburg & Co. Verlag, Berlin, SW. 48, Preis kart. 16,50 Mk. geb. 20 Mk. Für alle, welche der gegenwärtigen geistigen Verdunkelung und seelischen Verwirrung des Volkes und seiner Neigung, in das Dunkel aller möglichen Wunderglauben zurückzuflüchten, ratlos gegenüber stehen, bildet dieses Buch eine wahre Fundgrube der Aufklärung. In allgemein verständlicher Darstellung gibt der Verfasser klare Einsicht in den Ablauf alles seelischen Geschehens und in die seltsamen Seelenzustände früherer Kulturstufen. Er weist den verderblichen Einfluß falscher Suggestion auf den Einzelmenschen und die Masse des Volkes nach und zeigt, daß die Hypnose, so wunderbar sie dem Laien erscheint, doch jeden Wunders bar und lediglich eine bewußte Leitung von Vorstellungen und Funktionen durch einen Dritten mit Hilfe der Suggestion ist. Die Schulung der Menschen von Jugend an im freien, vorurteilslosen, kritischen, wissenschaftlichen Denken wird die großen Gefahren jener suggestiven Mächte, die von der dogmatischen Religion, der staatlichen Gewaltpolitik und der wirtschaftlichen Habgier ausgehen, allmählich aufheben, sie wird die Menschen aus Aberglauben, Unwissenheit und geistiger Knechtschaft befreien und der Menschheit den Aufstieg zu höheren Stufen der Kultur erleichtern. Eine vorzügliche Uebersetzung der Fachausdrücke bildet eine wertvolle Ergänzung dieser kulturpsychologischen Betrachtungen, welche sicher die Absicht des Verfassers erfüllen werden, vielen Wahrheitssuchern ein Helfer zu sein. Dr. Georg Manes.

Max Henning: Der Teufel, sein Mythos und seine Geschichte im Christentum. Paul Hartung Verlag, Hamburg 25. Preis kart. 18 Mk. Der beste Kenner dieses Gebietes beschenkt uns hier mit einem Buche, das für alle freien Denker eine wertvolle Waffe bedeutet im Kampfe gegen die Schlammflut okkultistischer, spiritistischer, theosophischer und sonstiger mystischer Literatur, welche in den letzten Jahren den Büchermarkt überschwemmt. Wie mit einem Scheinwerfer beleuchtet der Verfasser eines der traurigsten und erschütterndsten Kapitel menschlichen Massenwahns, den Teufelsglauben. Er schildert den Entwicklungsgang des Mythos vom Teufel, als dem Gegengott, von seinen vorchristlichen Anfängen an über seine Dogmatisierung seitens der Kirche und seine Ausartung zu einem furchtbaren, Millionen von Menschen unter den entsetzlichsten Martern verschlingenden Wahn, bis zu einer allmählichen Zurückdrängung durch das von aller kirchlichen Gebundenheit befreite, wissenschaftliche Denken, und seinen endgültigen Zusammenbruch außerhalb der kirchlich-dogmatischen Kreise. Und er zeigt, daß auch der Gegensatz von Gott und Welt in den letzten Zügen liegt, nachdem der Gegensatz von Gott und Teufel in nichts verflogen ist, seitdem das Denken die mythische, personifizierende und Allgemeinbegriffe substanzierende Stufe überwunden hat und in weiterem Ausmaß monistisch geworden ist. Der Verfasser schließt seine, nach Inhalt und Form ausgezeichneten Ausführungen mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf das Ziel der Menschheitsentwicklung, auf eine Zukunft, in der jedes Volk sich als Träger des Menschheitsgedankens fühlt, ihm dient und für ihn sich selbst einsetzt, nicht mit der rohen Kraft der Gewalt, sondern mit der Kraft des Geistes und Gedankens. Denn das Ziel aller Menschheitsentwicklung auf Erden ist das Reich einer idealen Menschheit. Dr. Georg Manes.

Gesetzentwürfe. Vom Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Straße 32, ist ein Sonderdruck Nr. 3 herausgegeben worden, der folgende Entwürfe enthält: Der Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteeinigungsämter. Entwurf einer Verordnung über das Verfahren vor den Mieteeinigungsämtern. Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Der Preis dieses Sonderdrucks Nr. 3 ist (ohne Porto) 2,50 Mk. das Stück, bei 10 und mehr Exemplaren 2 Mk. pro Exemplar.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungslokalen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Geschäftliches.

Fleischteuerung und Maggi's Würze. An Stelle teuren Suppenfleisches kauft man gute Suppenknochen, kocht diese unter Beigabe der üblichen Suppenkräuter aus, seiht die Brühe durch und kräftigt beim Anrichten nach Geschmack mit Maggi's Würze.

Brotversorgung.

Vom Sonnabend, dem 21. Januar 1922 ab werden die Preise für Brot, welches aus dem bewirtschafteten Mehl hergestellt wird, wie folgt festgesetzt:

für 1900 Gramm	Roggengrobbrot	Mk.	7.30
„ 950	„		„	3.65
„ 1900	„	Feinbrot	„	8.—
„ 950	„	„	„	4.—

Alle bisher erlassenen Bestimmungen über Backart und Abgabe bleiben bestehen.

Ueberschreitungen der vorstehend festgesetzten Höchstpreise werden nach den gesetzlichen Vorschriften bestraft.

Lübeck, 19. Januar 1922. (12089

Das Landesversorgungsamt.

Oeffentliche Verdingung.

Die Aenderungen und Lieferung von Regalen im Staatsarchiv, in der Treje der Marienkirche und in der Schreiberhalle im Gerichtsgebäude sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am

Freitag, dem 27. Jan. 1922, mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. (12093

Lübeck, 18. Jan. 1922.

Das Bauamt,
Abt. Hochbau.

Am 17. starb nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater (12118

Hans Köppner

im 59. Lebensjahre.

Tiefbetrauert von mir, meinen Kindern und Angehörigen.
[illegible]
[illegible]str. 67.

Beerdig. am 23. Januar, nachm. 3 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof.

Am 19. Jan. entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau und meiner Kinder treusorgende Mutter (12127

Sophie Prahl
geb. Wieck
im Alter v. 34 Jahr

In tiefer Trauer:
E. Prahl, Moisling

Gestattem. Verein.

Am 17. d. M. starb unser Genosse

Hans Köppner.

Ehre (12110 seinem Andenken!

Beerdigung Montag, 23. d. M., nachm. 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeit.-Verb.
([illegible])

Am 18. ds. Mts. starb unser Kollege

Heinr. Specht.

Ehre (12104 seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 23. d. M., vorm. 10 Uhr, a. d. Burgtor-Friedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

Allen denen, die unserem lieben unvergeßlichen Entschlafenen,

Paul Dittmar

die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so überreich mit Kränzen schmückten, Herrn Pastor Konig für die treffenden Worte; dem Verband der Steinarbeiter, seinen Chef Herrn Bruhn und seinen Kollegen, sowie dem Verein der Süddeutschen danken herzlich

Die trauernden Hinterbliebenen.
Chasotstraße 17. (12117

Mob. 2-3-Zi. g. 3-3-Zi. z. tausch. ges. (Stüdtent.) Ang. u. M T a. d. E (12094

Suche einf. möbl. Zim. mit od. ohne Bett. Ang. unt. H G S a. d. E. (12097

G. D.-M.-Koff. zu verm. 12125) Klosheide 15. II.

Soeben erschienen:

Dr. Eugen Pawlowski
Der Bankrott Deutschlands

AUS DEM INHALT: Die Wirtschaftskrise Deutschlands / Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges / Die Verelendung der Arbeiterklasse / Der Zusammenbruch der Ernährung / Teuerung und Lohnsteigerung / Der Rückgang der Arbeitsleistung / Das Reparationsproblem / Die Finanzkrise / Das Steuerproblem im Klassenstaat / Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten / Die „Studien“ der gelben Internationale / Die Ohnmacht der Bourgeoisie / Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie / Die Steuerlast des Arbeiters / Herr Parvus als Retter in der Not / Dem Zusammenbruch entgegen.

189 Seiten — Preis Mk. 2.50, geb. Mk. 6.—

Karl Liebknecht
Reden und Aufsätze

374 S. Preis Pappb. Mk. 20.— (Organ. 15.—) Leinenb. Mk. 30.—

Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

11000

Erich Kuttner MdL

Warum versagt die Justiz?

Zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Siedlung und Kleingarten.

Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur sechszig Pfennig.

Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Kinderl. Ehepaar sucht 2 Zimm. m. Küche (12100 Ang. u. D. D. a. d. Exp. d. B.

1 Anz. u. Hut f. Konf., 1 Anz. f. 12j. Kn. z. verk. 12099) Ht. St. Petri 8 II.

Jg. echte Terrierhündin (wachsam) z. verk. 12115) Marliftr. 57. II.

Transp. Ferkel steht zum Verkauf. **Strampfers** Gasthof, Schwartau. (12083

Ziege zu kaufen ges. Ang. u. K G a. d. E. (12098

Papagei sucht (12103 W. Hansen, Hamburg 22, Schmalenbeckerstraße 20.

Zum Sonntag:
Ia. Holländer, (12092
Prima Nordmarsch,
Deutscher Edamer usw.
zu billigsten Preisen.
H. Boldt, Stand 4.

Hasen-, Kanin-, Zieg.-, Kalb-, Reh- sowie sämtliche anderen Sorten (12085

Felle,

Pferde- u. Kuhschweifhaare kauft zu den höchsten Tagespreisen

J. Wagner
Holstenstr. 8. F. 3414.

Achtung,
Sparklubs!

Sparkassen-Bücher

in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.